C 21734 D



Sondernummer

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 25.2.75 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** 50 Pf.

Zur Außenpolitik der VR China

Der Besuch von Strauß in China und der bemerkenswert herzliche Empfang, der diesem Vertreter des westdeutschen Revanchismus und Expansionismus in China bereitet wurde, haben die Auseinandersetzung um die chinesische Außenpolitik weiter vorangetrieben.

Zur Vertiefung dieser Auseinandersetzung haben wir beschlossen, diese Sondernummer des ARBEITERKAMPF herauszugeben, die sich mit verschiedenen Aspekten dieser Frage beschäftigt. Vorangestellt haben wir einen „Offenen Brief" an die Genossen der Organisationen, die sich mit der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik identifizieren, d. h. in erster Linie des KBW, der „KPD" und der „KPD/ML"

Wir fordern die Führungen dieser Gruppierungen auf, unseren „Offenen Brief" in ihren zentralen Organen zu veröffentlichen, und würden dann Antworten dieser Organisationen in etwa gleicher Länge gern im ARBEITERKAMPF veröffentlichen.

LG des Kommunistischen Bundes





Offener Brief

Liebe Genossen,

die Umstände des Strauß-Besuchs in China im Januar haben unter den Werktätigen der BRD breites Interesse gefunden und haben sich auch in lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den kommunistischen Organisationen niedergeschlagen.

Wir wollen Euch hiermit unseren Standpunkt dazu darlegen und zur Diskussion stellen.

Solange es noch auf der Welt Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen gibt, sind für einen sozialistischen Staat Kontakte zu imperialistischen Regierungspolitikern ebenso wie zu Beauftragten der kapitalistischen Wirtschaft unvermeidlich.

Der sozialistische Staat kann sich dabei seine „Partner" natürlich nicht aussuchen. Solange das Proletariat der imperialistischen Staaten es nicht geschafft hat, aus eigener Kraft den Imperialismus zu beseitigen, sind die sozialistischen Staaten gezwungen, auch zu Reaktionären und Kriegsverbrechern wie Nixon, Kissinger etc. Kontakte zu haben.

Diese Kontakte müssen allerdings der Tatsache Rechnung tragen, daß es sich um notwendige Beziehungen zu den ärgsten Todfeinden der Arbeiterklasse und des Sozialismus handelt. Das erfordert, daß zwar bei diesen Kontakten (z.B. Staatsbesuche) die notwendigen diplomatischen Formen gewahrt werden, aber darüber hinaus jeder Anschein von Gemeinsamkeit mit den Imperialisten konsequent vermieden wird.

Zwischen Kommunisten und Imperialisten k a n n es keine Gemeinsamkeit und Übereinstimmung geben. Es ist natürlich unvermeidlich, daß es zwischen uns und dem Feind äußerliche „Gemeinsamkeiten" gibt. Wenn sich z.B. herausstellen sollte, daß sich F.J. Strauß die Zähne putzt, werden wir deshalb nicht damit aufhören. Oder wenn F.J. Strauß gegen die Ostverträge ist, ist das für uns noch lange kein Grund, nun unsererseits f ü r die Verträge zu sein.

Hierauf gründet sich die sattsam bekannte Demagogie der DKP-Revisionisten, die ja nicht müde werden, die Linken mit der CDU/CSU gleichzusetzen, unter Hinweis auf solche angeblichen „Gemeinsamkeiten". Der demagogische und dummfreche Charakter dieser „Argumentation" läßt sich leicht verdeutlichen: Bekanntlich hetzt z.B. die faschistische „Nationalzeitung" ständig gegen Israel, bezeichnet diesen Staat als aggressiv usw. Bisher ist es jedoch der DKP nicht eingefallen, deshalb f ü r Israel Partei zu ergreifen. Oder: Die DKP ist gegen Helmut Schmidt, die CDU/CSU auch. „Gemeinsamkeit"? !

Es ist offensichtlich, daß wir durchaus in bestimmten Fragen aus ganz anderen Gründen zu scheinbar ähnlichen Schlußfolgerungen kommen können wie bestimmte imperialistische Politiker und Demagogen.

Eine Lumperei wird allerdings daraus, wenn sich ein Kommunist mit den Reaktionären und Faschisten freundlich an einen Tisch setzt, um unter völliger Außerachtlassung und Bemäntelung sämtlicher Widersprüche ein Loblied auf die „Gemeinsamkeiten" und „Übereinstimmungen" in der Frage Israels, der Ostverträge usw. usf. zu singen. Ein Kommunist wird sich im Gegenteil bemühen müssen, gerade anhand scheinbarer „Ge-

Fortsetzung nächste Seite

Strauß in China
Zum Kotzen!

NACHDRUCK aus Arbeiterkampf Nr. 55/Januar 1975

Nach den CDU-Rechten Schröder und Kohl suchte nun auch CSU-Rechtsaußen Strauß die VR China heim. Kein Vertreter des westdeutschen Imperialismus wurde in der VR China bisher mit derart demonstrativer Freundlichkeit und so ausgesuchten Ehrenbezeichnungen (Gipfel: Empfang bei Mao, der nicht einmal den bisher in China gewesenen Regierungsvertretern Scheel und Genscher vergönnt gewesen war!) aufgenommen wie ausgerechnet F.J. Strauß, prominenteste Figur des Rechtsradikalismus in der BRD, der nach eigenen Bekundungen in der BRD mit der Maschinenpistole „Ruhe und Ordnung" zu schaffen beabsichtigt.

Nicht ganz unlogisch zogen bürgerliche Zeitungen aus diesem herzlichen Empfang und der zur Schau getragenen widerlichen Anbiederung chinesischer Politiker bei Strauß die Schlußfolgerung: ***„China hofft auf Strauß als nächsten Bonner Regierungschef"*** („FAZ", 16.1.75). Strauß selbst vermerkte frohgestimmt, die CDU/CSU habe in der Gunst der chinesischen Regierungspolitiker *„einen gewissen Vorsprung"* vor der SPD („Süddeutsche Zeitung", 13.1.75).

Strauß erklärte ferner, er habe *„Verständnis für seine außenpolitische Grundkonzeption europäischer Verteidigungsfähigkeit und Unabhängigkeit von den Supermächten"* und eine *„Konkordanz* (Übereinstimmung - Anm. d. Red.) *der Meinungen"* gefunden („FAZ", 18.1.75).

Daß Strauß sich das nicht bloß aus den Fingern gesaugt hat, geht am deutlichsten aus den geradezu schweinischen Äußerungen des Herrn Deng Hsiao-ping hervor, seines Zeichens heute stellvertretender Ministerpräsident der VR China und stellvertretender Vorsitzender der KP China, während der Kulturrevolution offensichtlich völlig zu recht als ***„Chinas Chruschtschow Nr. 2"*** tituliert (nach

Fortsetzung nächste Seite

China warnt zu Recht vor dem „Entspannungsschwindel"

Die Revisionisten behaupten, *„daß gegenwärtig die Entspannungstendenz bei der Entwicklung der Lage auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt den beherrschenden Wesenszug bildet"* (aus dem Kommunique der Beratung der Staaten des Warschauer Vertrags, 17. - 18.4.74). Als angebliche Beweise für diese These wird z. B. angeführt die *„Anerkennung der Nachkriegsgrenzen"* in Europa durch die BRD, wodurch *„diese Frage jetzt im Interesse des Friedens in Europa gelöst"* sei; die *„Wende vom Krieg zum Frieden, zu einer allgemeinen Gesundung der Lage in Südostasien"*; die US-sowjetischen Verträge und Abkommen *„zur Einschränkung der Rüstungen"*; *„die historische Wende in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von der Konfrontation zur Entspannung und Verhandlungen"* u.a.m. (Rede von Kossygin, lt. Radio Moskau vom 12.6.74).

Die Revisionisten gehen mit ihrem Märchen vom „Entspannungsprozeß als Haupttendenz unserer Zeit" o.ä. soweit, daß sie behaupten, die VR China sei heute das H a u p t h i n d e r n i s für die endgültige Durchsetzung von „Entspannung" und „Abrüstung". So schrieb z. B. die polnische Armee-Zeitung „Zolnierz Wolnosci" (5.12.74): *„Die Beeinträchtigung des Abrüstungsprozesses und der Verhandlungen über das Verbot von chemischen Waffen und von Atomwaffenversuchen wird hauptsächlich verursacht durch die Haltung Chinas".* Es sei *„das Ziel der Maoisten ..., das Rüstungsrennen zu verstärken".* – Hervorgehoben wird ebenso, daß die VR China als einziger Staat gegen eine von der Sowjetunion vorgeschlagene „Weltabrüstungskonferenz" sei (z. B. Radio Moskau, 11.11.73).

Die Revisionisten schrecken bei ihrer Hetze gegen die VR China nicht einmal vor Erfindungen zurück, die an Lächerlichkeit und Absurdität die ärgsten Blüten des chinesischen „Kampfes gegen die Supermächte" noch weit in den Schatten stellen. So verkündete z. B. die deutschsprachige sowjetische Zeitung „Neue Zeit" ganz ernsthaft: *„Die maoistische Führung strebt nach eigenen Stützpunkten im Mittelmeer"* („NZ", 37/1974). *„Heute träumen die Pekinger Leiter hörbar (?) von der Ausdehnung ihres Einflusses auf fünf Kontinenten".* Von einer *„chinesischen Durchdringung des Mittelmeerraums"* (!!) ist da die Rede. Vor allem wolle die VR China einen Stützpunkt auf der Insel Malta haben.

Die sowjetische Nachrichtenagentur „TASS" (8.5.74) brachte eine Phantasie„meldung": *„China will nach US-Abzug Vakuum in Asien ausfüllen".* China betrachte *„den indischen Ozean und den westlichen Teil des Stillen Ozeans als Räume, in denen es seine Anwesenheit bemerkbar machen muß".* China *„verstärkt dabei seine militärische Präsenz in den Gewässern des Indischen Ozeans".* Es seien, wußte „TASS" zu berichten,

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG

Offener Brief

meinsamkeiten" mit größtmöglicher Klarheit und Eindeutigkeit das Trennende und Unversöhnliche zwischen uns und dem Feind herauszustellen und keinerlei Mißverständnisse darüber zuzulassen.

Dasselbe muß nach unserer Meinung auch für die Beziehungen sozialistischer Staaten zum imperialistischen Feind gelten. Die Haltung der VR China gegenüber Reaktionären wie Strauß berücksichtigt dies aber nicht, sondern erweckt den Anschein von Kumpanei mit dem Imperialismus. Dies wird dadurch bestärkt, daß die chinesische Regierung es ausschließlich den Imperialisten überläßt, über den I n h a l t ihrer Gespräche z.B. mit Strauß zu berichten, selbst aber nur total inhaltsleere Kommuniques abgibt. Damit wird es den Imperialisten zusätzlich erleichtert, diese Gespräche völlig nach Belieben für ihre Interessen auszuschlachten.

Mao hat gesagt: ***„Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat"*** („Worte...", S. 18/19).

Genossen, gilt das noch? Nach Meinung vieler linker Organisationen gilt das offenbar nicht mehr, sondern gilt im Gegenteil: Wenn China vom Feind n i c h t bekämpft wird, sondern in den schönsten Farben geschildert wird (inzwischen u. a. sogar schon in Straußens „Bayernkurier"), ist das gut. Angeblich ist die bürgerliche Presse „gezwungen", China so zu loben.

Wir halten es da allerdings lieber mit Mao und mit der alten Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß Lob vom Feind immer ein Alarmsignal ist, ein Zeichen, daß wir eben k e i n e n klaren Trennungsstrich zwischen uns und dem Feind gezogen haben. Dies läßt sich an der Behandlung von Strauß in der VR China ja auch ganz eindeutig sehen. Die BRD-Imperialisten loben die VR China nicht, weil sie dazu „gezwungen" sind, sondern weil sie daran interessiert sind, China vor den werktätigen Massen der BRD als Gesinnungsgenossen ihrer aggressiven und revanchistischen Politik Richtung Osten ins Feld zu führen. Wir stimmen mit der Meinung überein, daß die sozialistischen Staaten gut daran tun, zwischenimperialistische Widersprüche auszunutzen – auch wenn dieses Argument „seltsamerweise" gerade von Gruppierungen ins Feld geführt wird, die ansonsten bestrebt sind, bestehende Widersprüche zwischen Imperialisten wie z.B. Schmidt und Strauß rundum zu leugnen und einer Politik „Alles Jacke wie Hose" das Wort reden.

Wir meinen jedoch, daß die Ausnutzung zwischenimperialistischer Widersprüche k e i n e s f a l l s erfordert, das aggressive und revanchistische Wesen des BRD-Imperialismus umzufälschen in angebliche „Wachsamkeit vor den Aggressionsabsichten der Sowjetunion", ebenso wie überhaupt Bezeichnungen wie „wachsam", „einsichtsvoll" usw. für imperialistische Politiker nicht der Sache dienen. Wer – wie ein großer Teil der westdeutschen Linken – das Belobigen und Beschönigen imperialistischer Politiker zur Taktik sozialistischer Außenpolitik erklärt, trägt letzten Endes zur politisch-ideologischen und moralischen Zersetzung der eigenen Reihen bei.

Wenn z.B. Strauß und Kohl die „Einheit der deutschen Nation" beschwören und das „Vereinigte Europa" propagieren, so mag das der chinesischen Regierung nützlich erscheinen im Sinne ihres „Kampfes gegen die Supermächte". Trotzdem wird sich aber ein Kommunist doch überlegen müssen, was h i n t e r diesen Parolen von Strauß und Co. steht, nämlich der Wille nach Annektion der DDR und der „deutschen Ostgebiete", der Drang nach Vorherrschaft in einem militärisch hochgerüsteten europäischen Block als Hebel für neue kriegerische Abenteuer zur „Befreiung Osteuropas vom bolschewistischen Joch" etc. – Ein Kommunist darf nicht den geringsten Zweifel daran lassen, daß es für ihn mit solchen Vorstellungen nicht die geringste Gemeinsamkeit gibt. Statt „Übereinstimmung" mit den imperialistischen Parolen zu bekunden und einem imperialistischen Politiker wie Strauß beschönigende Etiketten wie „einsichtsvoll", „wachsam", „weitsichtig" umzuhängen, müssen die Kommunisten ganz klar machen, was sich wirklich hinter diesen Parolen verbirgt, nämlich das alte aggressive, abenteuerliche, militaristische und revanchistische Wesen des deutschen Imperialismus, der schon zweimal zum Hauptbrandstifter imperialistischer Weltkriege wurde und von dem auch heute eine erhebliche Kriegsgefahr ausgeht.

Wer sich auch nur etwas mit den Vorstellungen von F.J. Strauß beschäftigt hat, müßte sich klar sein, daß das eben k e i n e Vorstellungen sind, die die „Supermächte" schwächen und damit die Kriegsgefahr verringern, sondern i m G e g e n t e i l ! Strauß propagiert die verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr, vor allem auch mit Atomwaffen; er propagiert n i c h t die Loslösung vom US-Imperialismus, sondern die Partnerschaft mit diesem (d.h. er erhebt Anspruch auf ein größeres Stück von der imperialistischen Beute); er tritt dafür ein, daß der deutsche Imperialismus wieder „eine Rolle in der Welt spielen" soll; er propagiert die Entwicklung Westeuropas zu einer neuen „Supermacht" unter Hegemonie des BRD-Imperialismus; er tritt dafür ein, daß die westeuropäischen Imperialisten „den USA Lasten abnehmen" sollten, d.h. den US-Imperialismus bei dessen weltweiten militärischen Abenteuern unterstützen sollten; er propagiert die „Befreiung Osteuropas", d.h. die Neuauflage des Nazi-Raubkrieges usw.

Dies als „wachsam" und „einsichtsvoll" zu bezeichnen, bedeutet entweder, politisch total blind zu sein oder völlig verantwortungslos zu handeln!

Die Politik des deutschen Imperialismus zielt darauf ab, ein militärisch hochgerüstetes „Vereinigtes Europa" zu schaffen – und zwar n i c h t a l s G e g n e r der „Supermacht" USA, sondern als deren Partner bei allen imperialistischen Kriegsabenteuern. Es ist darum auch kein Zufall, daß sich führende Politiker der EG-Länder ausdrücklich hinter Kissingers Kriegsdrohungen gegen die Erdölländer gestellt haben. Das zeigt doch wohl ganz klar, daß die Aufrüstung und Stärkung der EG-Imperialisten n i c h t dem „Kampf gegen die Supermächte" dient, sondern im Gegenteil die Kriegsvorbereitungen der einen „Supermacht" fördert und die Kriegsgefahr erhöht.

Eine deutliche Sprache spricht auch die Rolle, die der BRD-Imperialismus schon heute gegenüber Ländern wie Portugal, Griechenland oder Italien, aber auch Großbritannien und Frankreich spielt – als Feind jeder Demokratisierung und der Volkskämpfe, als Speerspitze des US-Imperialismus bei dessen konterrevolutionären Umtrieben, als Einpeitscher volksfeindlicher „Sparmaßnahmen" usw.

Uns ist nicht bekannt, daß in den letzten Jahren von Seiten der VR China auch nur e i n e Einschätzung vorgelegt worden ist, die diese Rolle des EG-Imperialismus, und speziell des BRD-Imperialismus, analysiert. (Übrigens im Gegensatz zu den albanischen Genossen!) Vielmehr ist es so, daß unter der Devise „Hauptfeind sind die Supermächte" alle „Nebenwidersprüche" (wie etwa das aggressive, revanchistische Wesen des BRD-Imperialismus) total unter den Tisch fallen und überhaupt nicht mehr erwähnt werden, bzw. ihnen sogar noch ausdrücklich der Anschein angeblicher Berechtigung verliehen wird (Revanchismus als angebliche „Wachsamkeit" usw.). Mit Dialektik hat das offensichtlich nichts mehr zu tun.

Genossen, die Politik, die hier propagiert wird, daß sich die europäischen Imperialisten zusammenschließen sollen, daß sie ihre „Verteidigungsanstrengungen" verstärken sollen usw., erleben wir mit ihren Folgen für die werktätigen Massen tagtäglich. Das ist die Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die die Voraussetzungen für die imperialistischen Großmachtspläne, für den Aufstieg des EG-Imperialismus zur neuen „Supermacht" unter BRD-Führung schaffen sollen. Das ist die „Sparpolitik" an allen Ecken und Kanten, das sind die säuisch niedrigen Tarifabschlüsse, das ist Massenarbeitslosigkeit und Rationalisierung. Das ist die Kriegshetze z.B. in Verbindung mit der „Ölkrise" und überhaupt die immer stärkere Verbreitung von Rassismus und Chauvinismus. Das ist die zunehmende Mundtotmachung jeder antiimperialistischen Opposition durch Kommunistenverfolgung, Berufsverbote, „Säuberungen" in den Gewerkschaften. Das ist die Aufrüstung der Armee und der Polizei.

Letzten Endes wird sich jeder entscheiden müssen, welchen Weg er gehen will. Ihr könnt nicht ewig so tun, als sei zwar die chinesische Außenpolitik ganz in Ordnung, aber als würden sich daraus nicht auch Konsequenzen für Eure eigene Politik ergeben.

Ihr müßt zur Kenntnis nehmen, daß die VR China die westeuropäischen Staaten zu verstärkten „Verteidigungsanstrengungen", zu verstärkter „Wachsamkeit" etc. gegen die Sowjetunion aufruft. Ihr müßt zur Kenntnis nehmen, daß die VR China den EG-Beitritt Englands für einen wichtigen Schritt im Interesse der europäischen Völker erklärt hat und überhaupt den engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten ermuntert. Ihr müßt zur Kenntnis nehmen, daß die chinesische Presse ständig die Aufrüstungspropaganda der reaktionären imperialistischen Presse Westeuropas zitiert – als angeblichen Beweis, daß die Völker (!) Westeuropas ihre „Wachsamkeit" gegenüber den „Supermächten" erhöhen. Ihr müßt zur Kenntnis nehmen, daß die chinesischen Außenpolitiker in der Person von F.J. Strauß den aggressiven und revanchistischen BRD-Imperialismus ausdrücklich hofiert und ermuntert haben, indem sie ihm Etiketten wie „einsichtsvoll" und „wachsam" umgehängt haben.

Ihr müßt Euch fragen, ob Ihr mit den chinesischen Außenpolitikern darin übereinstimmt, daß unter den gegebenen Umständen der engere Zusammenschluß der europäischen Imperialisten und deren verstärkte Aufrüstung Schritte im Interesse der europäischen Völker sind. Dieser Frage könnt Ihr auf die Dauer vor der westdeutschen Arbeiterklasse nicht ausweichen. Ihr werdet eine Antwort auf diese Frage geben müssen.

Die Zukunft wird zeigen – und dafür gibt es schon konkrete Beispiele – daß die „konsequente" Unterstützung der chinesischen Außenpolitik letzten Endes zum „Sozialchauvinismus" und zur Politik der „Vaterlandsverteidigung" führt, d.h. zur Verteidigung, Rechtfertigung und Unterstützung des e i g e n e n Imperialismus gegenüber den „Supermächten". ●

Strauß in China – Zum Kotzen!

Fortsetzung von Seite 1

Liu Schao-tschi), inzwischen jedoch wieder zu höchsten Ehren gelangt. Er sagte zu Strauß: *„Man hat Ihnen drei Etiketten angehängt: Feind des Friedens, Feind der Sicherheit und Feind der Entspannung ... Ich meine,* ***diese Leute haben das gesagt, weil Sie, Herr Strauß, die Schwächen dieser Menschen aufgedeckt haben*** *... Diese Leute, die Herrn Strauß die Etiketten anhängen, nennen uns Abenteurer und kriegslüstern. Unsere Zusammenkunft in Peking ist daher nach Ansicht dieser Leute ein Treffen der schlechtesten Menschen auf der Welt.* ***Leider gibt es auf der Welt noch viel zu wenige solcher schlechtesten Menschen"*** („FR", 16.1.75). Deng Hsiao-ping stellte also ausdrücklich die Außenpolitik der VR China auf eine Stufe mit den aggressiven Vorstellungen von F.J. Strauß, dem im übrigen von Außenminister Tschiao Guan-hua auch noch bescheinigt wurde, er sei ein *„Politiker, der einsichtsvoll ist"* („FAZ", 16.1.75).

Tatsächlich hätten die chinesischen Regierungspolitiker Strauß nicht einmal einzuladen brauchen, sondern hätten sogar dessen eigenen Schriften und dem Studium einiger bürgerlicher Zeitungen die Tatsache entnehmen können, daß Strauß ein Entspannungsfeind etc. i s t , und zwar schon lange, bevor an einen „Sozialimperialismus" überhaupt zu denken war, d.h. seit Gründung der BRD. Die chinesischen Politiker müßten auch nur einige Jahrgänge der Pekinger „Volkszeitung" zurückgehen, um zu finden, daß sie s e l b s t zu den Leuten gehören, die dem Herrn Strauß dieses „Etikett" ganz zu recht einst „angehängt" haben.



Die „pragmatischen" Drei: Liu Schao-tschi, Tschu En-lai und Deng Hsiao-ping

Aus einem aggressiven Antikommunisten und Kriegstreiber soll aber nunmehr wohl ein sympathischer Politiker gemacht werden, der erfreulicherweise „wachsam" gegen den „Sozialimperialismus" ist. In diesem Sinn wurde Strauß auch von seinen chinesischen Partnern immer wieder empfohlen, die europäischen Imperialisten sollten *„sich politisch und militärisch zusammenschließen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA anstreben"* („FAZ" 16.1.75) – ein heißer Tip, auf den allerdings der „wachsame" und „einsichtsvolle" F.J. Strauß schon Anfang der 60er Jahre gekommen war, als die chinesischen Regierungspolitiker Strauß törichterweise noch für einen Reaktionär und Militaristen hielten ...

Selbst in dieser Situation fehlt es nicht an westdeutschen „Kommunisten", die diese Vorgänge als etwas Selbstverständliches hinstellen wollen. So schreibt ein gewisser Schmierer (er h e i ß t wirklich so!) in der „KVZ" des KBW im Biedermannston, das sei nun mal die „friedliche Koexistenz", und die chinesischen „Genossen" müßten schließlich ihre „Feinde" (? ?) kennenlernen. Der herzliche Empfang für Strauß entspreche eben den „diplomatischen Gepflogenheiten". Wieso es allerdings den „diplomatischen Gepflogenheiten" entsprechen soll, daß der Oppositionspolitiker Strauß in der VR China mit weit höheren protokollarischen Ehren empfangen wurde, als die offiziellen Regierungsvertreter Scheel und Genscher (vor allem: Empfang bei Mao) wird in der „KVZ" leider nicht erklärt. Jeder halbwegs vernünftig denkende Mensch müßte sich auch sagen, daß es nicht einfach „diplomatische Gepflogenheiten" sind, wenn ein imperialistischer Politiker in einem sozialistischen Land als „einsichtsvoll" beweihräuchert wird, und wenn ihm freundlichst bescheinigt wird, Entspannungsfeind etc. seien ja nur Etiketten, die ihm die bösen „Sozialimperialisten" angehängt haben.

Logischer als die Schmierer & Co. verhalten sich da schon gewisse „Marxisten-Leninisten", die sich nicht hinter der albernen Ausrede von „friedlicher Koexistenz" und „diplomatischen Gepflogenheiten" verstekken, sondern die offen (schwarze) Farbe bekennen – so z.B. die Gruppe „Frankfurter Marxisten-Leninisten" (Spaltprodukt der gleichfalls rechtsdralligen „KPD/ML"). Diese Vögel schreiben in einem Flugblatt offen: *„Im Unterschied zur Ostpolitik Brandts ist es positiv, daß Strauß vor der Gefahr gewarnt hat, von der heute Westeuropa am meisten bedroht ist, von dem Vorherrschaftsstreben der Sowjetunion".* Und ferner: *„Die Papageien des Sozialimperialismus spekulieren mit dem Mißtrauen der Völker gegen Deutschland (?), von dem zwei Weltkriege entfesselt worden sind. Deshalb setzen sie die heutige BRD mit Hitlerdeutschland gleich ..."* – Jedoch: ***„Die Hitler von heute heißen nicht Strauß, sondern Ford und Breschnew."*** – Wundern muß man sich da nur noch über die abschwächende Aussage: *„Strauß ist kein Vertreter der Arbeiterklasse".* Immerhin sind diese schrägen Vögel sicher authentischere Interpreten der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik als die Schmierer & Co. mit ihrem geradezu peinlichen Geschwätz von „diplomatischen Gepflogenheiten".

Nicht der China-Besuch von Strauß als solcher, wohl aber dessen nähere Umstände und die dabei zutage getretene Anbiederung und Verbrüderung muß von jedem Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten der BRD als Schlag ins Gesicht empfunden werden. Gegenüber dieser Außenpolitik der VR China ist jede „solidarische" Zurückhaltung fehl am Platz. ●

„Die Debatte über Strauß' Chinabesuch wirkt klärend"

KBW bekennt endlich Farbe (schwarz)

In AK 55 kritisierten wir, daß sich der KBW um eine klare Stellungnahme zum Strauß-Besuch in China mit recht kindischen Ausflüchten herumdrücken wollte (das seien nun mal „diplomatische Gepflogenheiten" usw.).

Anscheinend hat sich der KBW unsere Kritik sehr zu Herzen genommen. In der „KVZ" vom 6.2.75 ist eine fast einseitige Polemik gegen den AK zu finden, die ihrer Überschrift „Die Debatte über Strauß' China-Besuch wirkt klärend" alle Ehre macht: Endlich spricht der KBW offen aus, daß es hier nicht um irgendwelche „diplomatischen Gepflogenheiten" geht, sondern darum, daß die außenpolitischen Vorstellungen von F.J. Strauß der chinesischen Regierung (und folglich auch dem KBW) gar nicht so unsympathisch sind.

Leider bedient sich der Verfasser der Polemik in der „KVZ" (ein gewisser M.A. – was ist mit „China-Spezialist" J.S. los? . . .) der beim KBW üblichen Methode: er tut beharrlich so, als sei er der deutschen Sprache nicht mächtig. Was er im Artikel im ARBEITERKAMPF angeblich nicht verstanden hat, ersetzt er dafür durch freie Erfindungen, die gar nicht drin stehen. Daraus besteht der größte Teil der Polemik.

So war z.B. in AK 55 eine Äußerung von Strauß angeführt worden, daß er in der VR China **„Verständnis für seine außenpolitische Grundkonzeption"** gefunden habe. Dazu fällt M.A. folgendes ein: *„Wenn Strauß z.B. sagt, der bürgerliche Staat muß mit Waffengewalt verteidigt werden, so können das alle Revolutionäre leicht verstehen. Haben sogar Übereinstimmungen in dieser wichtigen Frage. Und ziehen daraus den Schluß, daß der bürgerliche Staat das erstens nötig hat und zweitens mit Waffengewalt wird zerschlagen werden müssen."*

Nur schade, daß dieses sophistische Kunststückchen mit Politik – nicht mal mehr mit bürgerlicher, geschweige denn mit kommunistischer! – absolut nichts zu tun hat. Wenn sich z.B. ein Arbeiter mit dem Kapitalisten an einen Tisch setzt, fröhlich mit ihm tafelt, ihm dabei auf die Schultern klopft und ihn „Kumpel" nennt und hinterher äußert, er habe **„Verständnis"** für die Haltung des Kapitalisten, 50 Mann zu entlassen und den Lohn der übrigen zu drücken, so wird jeder logischerweise annehmen, daß dieser Arbeiter seine Klasse v e r r a t e n hat! Und wenn jemand in einer angeblich kommunistischen Zeitung meint, er habe dafür **„Verständnis"**, daß sich der bürgerliche Staat mit Waffengewalt ‚verteidigt' (siehe die Massaker in Chile) und er habe darin auch **„Übereinstimmung"** mit den Kapitalisten, so wird man ihn bestenfalls für einen gottserbärmlichen Zyniker halten.

Einen zweifellos phantasievollen Zyniker allerdings, wie ein weiteres seiner Kunststückchen beweist. In AK 55 hatten wir geschrieben: *„In diesem Sinn wurde Strauß auch von seinen chinesischen Partnern immer wieder empfohlen, die europäischen Imperialisten sollten sich politisch und militärisch zusammenschließen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA anzustreben."*

M.A. schreibt dazu: ***„Dies erscheint dem KB Nord so schrecklich, daß er es gar nicht mehr interpretiert. Offenbar erscheint es ihm natürlich, und dem Umsichgreifen des Rechtsradikalismus hinderlich, wenn die Staaten Europas von den USA politisch abhängig sind und die Kraft dieser Supermacht willenlos speisen und der anderen die Stiefel lecken. Wahrscheinlich schwebt dem KB Nord in der Stunde der Not ein Eingriff auswärtiger Truppen mit zweiter Entnazifizierung vor."***

M.A. hat dies alles freiweg e r f u n d e n , was aber beim KBW bekanntlich noch nie als Schande galt, sondern vielmehr als Höhepunkt des feinen theoretischen Stils in Ehren steht.

M.A. behauptet hier schlichtweg: Wer gegen den Zusammenschluß der imperialistischen Staaten Westeuropas (EG) und gegen die aggressive „atlantische Partnerschaft" (NATO) kämpft, müsse eben für die Abhängigkeit von den USA etc. sein. Eine wahrlich „kühne" Schlußfolgerung.





Diese Beispiele mögen genügen, die schmierige Methode von M.A. in der Auseinandersetzung mit dem ARBEITERKAMPF zu veranschaulichen. Aus diesem unappetitilichen Brei von einigen AK-Zitaten und sehr viel eigenwilligen „Interpretationen" läßt sich doch über die Vorstellungen des KBW einiges herausfiltern:

So stimmt M.A. dem Ausspruch von Deng Hsiao Ping, daß „Entspannungsfeind" etc. nur Etiketten seien, die die „Sozialimperialisten" (und der „KB Nord", versteht sich) dem F.J. Strauß angehängt hätten; und ferner, daß es **„auf der Welt noch viel zu wenige solcher Menschen"** wie Strauß gebe (Den Hsiao Ping). Denn: *„Als Kraft, die sich dem Sozialimperialismus entgegenstellt und die auf eine gewisse Unabhängigkeit des BRD-Imperialismus hinstrebt, wird Strauß sich der relativen Zustimmung chinesischer Außenpolitik erfreuen können. Denn seine Tätigkeit schwächt in gewissem Umfang die Supermächte."* (M.A.)

Daß Strauß dementsprechend in

Supermächte." (M.A.)

Daß Strauß dementsprechend in China mit Prädikaten wie **„einsichtvoller Politiker"** belegt wurde, hält M.A. folglich auch keineswegs für Anbiederei bei einem aggressiven imperialistischen Politiker, sondern für einen Beweis der *„Unbefangenheit und Sicherheit, mit der die chinesischen Politiker den Imperialisten und Konterrevolutionär Strauß behandelt haben"*. Diese „Unbefangenheit" hat wohl darin bestanden, das konterrevolutionäre, kriegstreiberische Wesen von Strauß völlig zu leugnen und ihm im Gegenteil dieses noch als „Weitblick" und „Wachsamkeit" anzuloben.

Die Situation des deutschen Imperialismus ist historisch durch sein „Zuspätkommen" gekennzeichnet; d.h. bei seinem Auftreten war die Aufteilung der Welt unter die anderen imperialistischen Mächte schon weitgehend abgeschlossen. Der deutsche Imperialismus war daher zweimal die treibende Kraft zu einem imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt. In beiden Fällen trat der der deutsche Imperialismus mit Parolen auf wie etwa: er wolle „einen Platz an der Sonne" (Kaiser Wilhelm; gemeint war: einen kräftigen Anteil an Einflußgebieten etc.), er wolle mit anderen Staaten „gleichberechtigt" sein (Hitler) u.ä. – Es ist kein Wunder, daß der deutsche Imperialismus auch seinen dritten Anlauf zum Kampf um die Vorherrschaft unter demagogischen Parolen der „Gleichberechtigung", der „Partnerschaft" (mit der imperialistischen Hauptmacht, den USA) usw. führt.

Was speziell die Thesen von Strauß angeht, so vertritt er sie schon ziemlich lange; und im Grunde müßte sogar Adolf Hitler noch damit rechnen, heute von irgendwelchen Schwachköpfen als „weitblickender" und „wachsamer" Kronzeuge gegen den „Sozialimperialismus" ins Feld geführt zu werden. Denn schließlich sind auch die Thesen von Strauß

führt zu werden. Denn schließlich

älter als die revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion und als die Theorie vom „Sozialimperialismus". Früher hat doch wohl kein Kommunist daran gezweifelt, daß es sich dabei um scharf a n t i k o m m u n i s t i s c h e , extrem aggressive und expansionistische Thesen handelt. Heute aber sollen diese Thesen auf einmal gut und richtig sein, soll Strauß ein – wenn auch nicht ganz unbedenklicher – Verbündeter im Kampf gegen die „Supermächte" geworden sein.

Um nur einige dieser Thesen in Erinnerung zu rufen: Strauß fordert die deutschen Imperialisten auf, **„die Kräfte in der Welt zu verändern"**; der deutsche Imperialismus müsse **„wieder eine Rolle in der Welt spielen"**; Strauß erhebt den „Alleinvertretungsanspruch" auch für die DDR und gar für die **„Gebiete jenseits von Oder und Neiße"**; er will die **„osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang befreien"** usw. (alle Zitate aus Strauß 1966 erschienenen Buch „Entwurf für Europa").

Natürlich betrachtet Strauß auch den „Zusammenschluß Europas" nicht als Mittel zur L o s l ö s u n g von den USA, sondern erstens als Mittel, die aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus (Annektion der DDR, Rückeroberung der „deutschen Ostgebiete", „Befreiung" Osteuropas) mit stärkerem Rückhalt zu verfolgen; und zweitens als Mittel, einen grösseren, „partnerschaftlichen" Anteil an der imperialistischen Ausplünderung der Welt durch die USA zu erhalten – wofür der deutsche Imperialismus dann auch den US-Imperialismus **„von seinen vielfältigen Aufgaben entlasten"** könnte, d.h. Beteiligung an dessen kriegerischen Abenteuern; wofür es laut Strauß natürlich am besten ist, wenn die deutschen Imperialisten Verfügung über Atomwaffen erhalten.

Daraus ergibt sich klar, daß die Strauß'sche Strategie den Imperialismus insgesamt nicht schwächen, sondern s t ä r k e n würde, und daß sie außerdem die Kriegsgefahr vor allem in Mitteleuropa enorm erhöhen würde. Wer dies nicht begreift – wie der KBW – wird als „Linker" mit Notwendigkeit zum Sozialchauvinisten, d.h. jemand der mit linken Schnacks den „eigenen" Imperialismus gegen dessen Konkurrenten verteidigt; jemand, der die Hauptkriegsgefahr bei a n d e r e n imperialistischen Mächten sieht (und letzten Endes die militärischen Vorbereitungen des e i g e n e n , erklärtermaßen aggressiven und revanchistischen Imperialismus gewissermaßen als notwendige Maßnahmen zur Verteidigung der „Unabhängigkeit" hinstellt); jemand, der imperialistische Zusammenschlüsse mehr oder weniger ausdrücklich anpreist, weil sie angeblich „die Supermächte schwächen" usw.

In diesem Zusammenhang ist es immerhin bemerkenswert, mit welch spürbarem Widerwillen M.A. anscheinend die (vom KB untergejubelte) Vorstellung von einer möglichen zweiten „Entnazifizierung" durch ausländische Mächte betrachtet. Immerhin hat sich dies einmal als durchaus gut für das deutsche Volk erwiesen, als es nämlich aus eigener Kraft nicht mit dem Hitler-Faschismus fertig geworden war, der ganz Europa mit Krieg überzogen hatte.

Erinnert sei außerdem daran, daß der KBW schon vor längerer Zeit (in der Auseinandersetzung mit der inzwischen längst in die ewigen Jagdgründe eingegangenen „KPD/ML"-„Rote Fahne") beharrlich b e -

gründe eingegangenen „KPD/ML"-

„Rote Fahne") beharrlich b e -

s t r i t t e n hat, daß der deutsche Imperialismus heute noch besonders aggressiv sei . . . **Was jetzt anläßlich des Strauß-Besuches in China beim KBW zum Vorschein kommt, sind im Grunde die konsequenten Früchte dieser wirklichkeitsfremden Theorie!**

Bei der Entwicklung eines Teils der einstigen Linken zum puren und offenen Sozialchauvinismus ist der Tiefpunkt sicher noch nicht erreicht. Daß der KBW eindeutige Schritte in diese Richtung macht, ist jedenfalls zu begrüßen. Es wird zum schnelleren Untergang dieser Strömung beitragen. ●

Blindenhund dringend gesucht!

Die „Komische Volkszeitung" („KVZ") des KBW hat's wieder mal mächtig auf's Glatteis gelockt. In einem Artikel über den „Streit um Zypern" (offenbar eine Quelle schier unerschöpflicher Dummheiten!) verkündet die „KVZ" vom 20.2.75, daß wohl erstmal die NATO-Imperialisten den Kürzeren gezogen haben: *„Die Manöver der Supermächte, die Unabhängigkeit Zyperns zu liquidieren, sind im bisherigen Verlauf ... zunächst eindeutig zu Ungunsten des US-Imperialismus und der NATO ausgegangen".*

Daß immerhin noch die beiden Hauptbeteiligten, Griechenland und die Türkei, Mitglieder der NATO sind, daß ferner Großbritannien (Mitglied der NATO) einen starken Stützpunkt auf Zypern hat, fällt wohl nicht schwer ins Gewicht?

Denn, siehe, *„die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, steht bereit, die Früchte der gescheiterten* (!!) *Politik der anderen für sich zu rauben".* Ja, so sieht's aus im östlichen Mittelmeer! Und weiter: *„Für die Sowjetunion ist die Auflösung der südlichen NATO-Flanke und die direkte Ausdehnung ihres Einflusses auf die Türkei, Griechenland und natürlich Zypern von entscheidender Bedeutung für die Zufahrt und Kontrolle* (!!) *des Mittelmeer".* Der Eingeweihte wird begreifen: Der „Sozialimperialismus" ist ja der Hauptfeind (sagen die chinesischen Genossen), also sehen wir in einer möglichen Schwächung der NATO-Südflanke nicht etwa eine dufte Sache, sondern einen tückischen Anschlag auf die „Verteidigungsbereitschaft" der westeuropäischen Imperialisten „gegen die Supermächte".

Daß die Sowjetunion dabei ist, ihren „direkten" (jawohl!!) Einfluß auf eindeutig kapitalistische Staaten und NATO-Mitglieder wie Griechenland und die Türkei zu verstärken, werden sicher nur „Kläffer" anzweifeln, die ohnehin den höheren Flügen der „revolutionären Realpolitik" nicht so recht zu folgen vermögen.

Als Beweis, wie die „andere imperialistische Supermacht" (also die Sowjetunion) ihren „direkten" Einfluß ausweitet), bietet die „KVZ" an *„50* (!!!!) *Militärberater der Sowjetunion sind bereits auf Zypern angekündigt".*

Na, schrecklich! Damit wird Zypern sicherlich unter die Vorherrschaft des „Sozialimperialismus" geraten! Daß auf Zypern immerhin rund 8.000 Soldaten Großbritanniens und einige hundert Agenten des CIA stationiert sind, spielt demgegenüber sicher keine große Rolle und wird in der „KVZ" ganz zu Recht mit keinem Wort erwähnt. Denn was sind schon kümmerliche 8.000 NATO-Soldaten (und CIA-Leute) auf Zypern gegen einen Aufmarsch von f ü n f z i g „Beratern" der „anderen Supermacht", die ja bekanntlich ganz besonders gefährlich ist. Da kann es auch keine Rolle spielen, daß die Herbeiholung der sowjetischen „Berater" von M a s s e n d e m o n s t r a t i o n e n der griechischen Zyprer gefordert wurde, und daß sie herbeigeführt wurde von Präsident Makarios, von dem dieselbe „KVZ" zu berichten weiß, er habe *„immer offener den Standpunkt des Unabhängigkeitsstrebens der Völker"* vertreten.

Wo gehobelt wird, fallen Späne; wo gekämpft wird, gibt es Opfer. Im „Kampf gegen die Supermächte" gehört offenbar die politische Logik zu den ersten Todesopfern. Friede ihrer Asche! ●

Die Haltung der VR China zur faschistischen Militärdiktatur in Chile

Bekanntlich hat die VR China – im Gegensatz zu einer ganzen Reihe von Ländern des sogenannten „Sozialistischen Lagers" – ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile nicht abgebrochen, nachdem die in- und ausländische Konterrevolution die Regierung der Unidad Popular gestürzt und die chilenische Arbeiterbewegung insgesamt unter ihre faschistische Herrschaft gezwungen hatte.

Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern (z.B. Albanien) brachten die chinesischen Außenpolitiker es nicht einmal fertig, den US-Imperialismus als hauptsächlichen Drahtzieher des faschistischen Umsturzes zu benennen und vor der Weltöffentlichkeit zu verurteilen. Weder die chinesische Regierung noch die KPCh sind bisher – im Gegensatz z.B. auch zu den albanischen Genossen! – der internationalistischen Pflicht einer politischen Einschätzung des konterrevolutionären Putsches gegen die chilenische Arbeiterbewegung nachgekommen (Vergleiche dazu Stellungnahme der albanischen Genossen in „Zeri i Popullit", als deutschsprachige Sonderbeilage für „Albanien heute" Nr. 4/73 – nachgedruckt in „Reform oder Revolution", 6. Revisionismus- Broschüre des KB).

Daß die Haltung, die die chinesische Regierung in dieser Frage eingenommen hat, nicht den Prinzipien des proletarischen Internationalismus entspricht, liegt auf der Hand.

Natürlich konnte es nicht ausbleiben, daß gewisse Vertreter der westdeutschen „kommunistischen Bewegung" den Versuch unternahmen, die Position der chinesischen Außenpolitik auch in dieser Frage vorbehaltlos zu rechtfertigen – nach dem Motto: „was nicht sein darf, das nicht sein kann!"

Der Sekretär des KBW, Joscha Schmierer, behauptete seinerzeit ausgerechnet in einem Artikel zur Frage „Diplomatische Beziehungen der VR China und Chile" (in „KVZ" v. 22. November 1973), daß es *„keine unklaren Punkte in der Außenpolitik der VR China (gibt.)".* Unklarheiten entstünden allein *„dadurch, daß sich die Kommunisten außerhalb der VR China noch nicht genügend Gedanken über die Prinzipien dieser* (!) *Außenpolitik gemacht haben."*

Der KBW, so behauptete Schmierer dummfrech, sähe *„keinen Grund für China, gegenwärtig* (also nach dem faschistischen Militärputsch, Anm. d.Red.) *die diplomatischen Beziehungen zu Chile abzubrechen."*

Mit der monotonen Leier, daß es für die VR China gelte, *„die territoriale Intergrität und Souveränität Chiles zu achten"* wurde von den KBW-Strategen über die schlichte Tatsache hinweggegangen, daß die VR China als sozialistischer Staat von den chilenischen Ereignissen betroffen sein mußte – und objektiv auch betroffen war!

Das gesamte Legitimationsgeschwätz der KBW-Führer war darauf angelegt, den Widerspruch zu vernebeln, der sich durch die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur in Chile für die zwei Seiten der chinesischen Außenpolitik – den proletarischen Internationalismus und die „Politik der friedlichen Koexistenz" – auftat.

Daß die Haltung der VR China gegenüber den chilenischen Ereignissen tatsächlich nicht den Erfordernissen des proletarischen Internationalismus Rechnung trug, wurde nicht nur vom KB festgestellt, sondern vor allem von der revolutionären Avantgarde der chilenischen Arbeiterklasse, dem M.I.R., erkannt und kritisiert.

Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung der M.I.R.-Genossen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und einen Kommentar überflüssig macht, um zu zeigen, daß und wie Revolutionäre sich in anderen Teilen der Welt mit der gegenwärtigen Außenpolitik der VR China auseinandersetzen.

Genosse Luis Cerda, der Vertreter des M.I.R. in Westeuropa, antwortete der französischen Zeitung „Libération" in einem Interview (Paris, März 1974):

Libération: *Wie beurteilt der M.I.R. die Haltung Chinas und der Sowjetunion gegenüber der Junta?*

Luis Cerda: *Das ist keine schwierige Frage. Die Reaktion der Sowjetunion und der anderen Länder des Ostblocks ist sehr positiv gewesen: Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen usw. Demgegenüber sind wir absolut nicht einverstanden mit dem Verhalten der VR China. Wir hatten gehofft, China würde ebenso handeln wie die Sowjetunion.*

Libération: *Trägt die Sowjetunion aber nicht eine gewisse Verantwortung für die Verbreitung der Theorie des friedlichen Weges zum Sozialismus?*



Chile, September 1973: Faschistischer Militärputsch – kein Grund, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen?

Luis Cerda: *Was China anbelangt, so war dieses Land – abgesehen von gewissen Veränderungen in der Außenpolitik, die in den letzten Jahren sehr deutlich geworden sind – von den Ereignissen in Chile wenig betroffen. China hat gegenüber Lateinamerika eine Großmachthaltung eingenommen, die sich mit dem proletarischen Internationalismus nicht verträgt.*

Andererseits ist diese Position oft von der Sowjetunion in anderen Ländern eingenommen worden, in denen wiederum China sich anders verhalten hat. Was hat die Politik der Sowjetunion gegenüber der Junta bestimmt, was erscheint uns so positiv daran? Die Tatsache, daß die Ereignisse in Chile die Interessen der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, besonders der europäischen (in Frankreich und in Italien) ziemlich stark berührt haben, hat die Sowjetunion gezwungen, eine sehr deutliche Position zu beziehen, gewissermaßen als Warnung vor weiteren Versuchen, die das nationale und internationale Großkapital in anderen Ländern unternehmen könnte.

Man darf nicht von einer idealen Politik träumen. Wir können eine echte Solidarität der sozialistischen Länder

„Ein starkes Stück"

Nachdruck aus der Nürnberger Arbeiterzeitung Nr. 1/75

In der letzten Ausgabe der NAZ (Nürnberger Arbeiterzeitung der Gruppe Nürnberger Kommunisten – GNK) druckten wir einen Artikel ab, der sich kritisch mit der Außenpolitik der VR China beschäftigte. Berechtigterweise betrachten wir uns die „Kapriolen",



die beim Straußbesuch in China passiert sind. Bei der Diskussion mit Freunden und Kollegen merkten wir die große Unsicherheit im Verständnis der chinesischen Außenpolitik. Insofern war es notwendig und wichtig, diesen Artikel zu drucken.

Nach einigen Tagen stellten wir zu unserer großen Verwunderung fest, daß auch KPD/ML- und KPD-Genossen unsere Zeitung aufmerksam lesen. So teilte die KPD/ML-Ortsleitung anläßlich einer Aktionsabsprache den GNK-Vertretern tiefernst mit, daß dieser Artikel ein „starkes Stück" gewesen sei. Aha.

Ein leitendes GDCF-Mitglied (GDCF = „Gesellschaft für Deutsch – Chinesische Freundschaft), KSV-Genosse, erklärte sogar klipp und klar, daß dieser Artikel, und somit die GNK *chinafeindlich* sei! Vergessen hatte anscheinend dieser Genosse, daß die GDCF sogut wie ausschließlich, mit 2 Ausnahmen, von GNK-Genossen aufgebaut wurde. Wahrscheinlich war nicht die Freundschaft zum chinesischen Volk, sondern List, Hinterlist und Argwohn Grundlage ihrer Politik, gell?

Diese seltsamen Vorwürfe wären nicht weiter ernst zu nehmen, wenn sie nicht Ausdruck eines größeren Teils der westdeutschen Linken wären. Volltreffer lieferten wohl die Artikel im „Roten Morgen", „Rote Fahne" und KVZ, die sich krampfhaft bemühten, eine gemeinsame fortschrittliche Grundlage zwischen dem Faschisten Strauß und der VR China zu konstruieren. Diese bedingungslose, undifferenzierte Übernahme chinesischer Positionen trägt dazu bei, die Ideen Mao-tsetungs, auf die sich diese Organisationen schließlich ja auch berufen, zu verdrehen und zu verfälschen.

Sie behaupten, man dürfe sich in die Politik der chinesischen Genossen nicht einmischen. Das ist insofern richtig, als die Politik der VR China von der KP Ch und nicht von irgendwelchen ausländischen kommunistischen Parteien oder Gruppen festgelegt wird. Doch heißt das, daß man die Politik einer kommunistischen Partei nicht kritisieren darf?

Die VR China, wohl das wichtigste sozialistische Land, ist nun mal nicht isoliert, sondern größter Vertreter der kommunistischen Weltbewegung. Eine unkritische Haltung zur Politik einer kommunistischen Partei oder eines sozialistischen Landes würde das Prinzip „Kritik-Selbstkritik" scharf verletzen. Die Verletzung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, wie sie u. a. von Organisationen wie KPD/ML – KBW praktiziert wird, betrachten wir als ein Zeichen von unsolidarischem Verhalten. So wird jede Beziehung ohne kritisches und selbstkritisches Verhalten auf die Dauer mechanisch und farblos. Diese in verschiedenen Organisationen betriebene mechanische Haltung zur VR China hat als Grundlage keine materialistische Einschätzung, sondern ein zutiefst bürgerliches Autoritätsverhalten, das dem Marxismus-Leninismus und der KP Chinas fremd ist. Ebenfalls leugnet diese dogmatische Einstellung zu einem sozialistischen Land die von Stalin und Mao präzisierte Theorie, daß die Klassenkämpfe im Sozialismus nicht aussterben, sondern unvermindert weitergehen. Wir können glücklich sein, daß die Kommunistische Partei Chinas immer von dieser Einschätzung aus Politik betrieben hat!

Die Entwicklung Chinas als Bollwerk der sozialistischen Weltrevolution ist für die internationale Arbeiterbewegung von allergrößtem Interesse, das es nicht zuläßt, diese

JG.2/NR.1/75 — 30 PFENNIG

NÜRNBERGER ARBEITERZEITUNG

ORGAN DER GRUPPE NÜRNBERGER KOMMUNISTEN

Entwicklung unkritisch zu verfolgen.

In der undifferenzierten Betrachtungsweise sozialistischer Länder zeigt sich unseres Erachtens nach nicht nur eine gefährliche Verantwortungslosigkeit gegenüber der Arbeiterklasse, sondern es birgt die Gefahr in sich, daß eine ähnliche schematische Stellung zur VR China gezüchtet wird, die in den 50er Jahren bei vielen Genossen zur Sowjetunion vorhanden war. Die Machtübernahme der Revisionisten und Bürokraten in der SU, DDR und den anderen ehemals sozialistischen osteuropäischen Ländern wurde so von den meisten Genossen und kommunistischen Parteien überhaupt nicht bemerkt, da sie zuwenig Wert darauf gelegt hatten, alles gründlich zu analysieren, da viele ein im Grunde bürgerliches Verständnis von solidarischer Unterstützung hatten.

Wenn Freunden, die China bereisten, von den chinesischen Genossen immer und immer wieder dargelegt wurde, daß der Sieg der Arbeiterklasse noch nicht endgültig gesichert sei und daß sich der Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie auf allen Ebenen, so auch in der KP, abspielt, so zeigt das den hohen ideologischen Grad der Argumentation. Gerade die chinesischen Genossen sind es doch, die immer wieder das Prinzip „Kritik-Selbstkritik" an erste Stelle hoben, Widersprüche und Entwicklungen analysierten. Die Kulturrevolution ist gutes Beispiel hierfür.

Nochmals wollen wir betonen, daß zwischen der Politik der KP Chinas und der Abklatschpolitik von KPD, KPD/ML und KBW sehr wenige Gemeinsamkeiten bestehen, uns sich in der grundsätzlich verschiedenen Herangehensweise an Probleme und Widersprüche zeigt. Wenn wir sagen, daß die Außenpolitik der VR China in Bezug auf Westeuropa u. E. falsch ist, so wissen wir doch, daß die KP Chinas fähig ist, im Kampf zweier Linien diese Fehler zu beheben. Währenddessen Gruppen wie die KPD/ML nicht fähig sind, diese Fehler, wie sie im „Roten Morgen" niedergeschrieben sind, zu beheben, da unkritische Herangehensweise Linie dieser Organisation ist.

Wie stark die Parallelen zwischen der Haltung revisionistischer Parteien zur Sowjetunion und die ähnliche undifferenzierte Haltung linkssektiererischer Gruppen zur VR China sind, beweist wohl niemand besser als Ernst Aust, seines Zeichens 1. Vorsitzender der KPD/ML und selbsternannter „bester Sohn der deutschen Arbeiterklasse", der jetzt zum Rundschlag gegen die „Chinafeinde" aller Schattierungen angesetzt hat (ohne Analyse, versteht sich). So schrieb er am 29.10.64 in der revisionistischen Zeitung „Blinkfuer", die er als Chefredakteur leitete: *„Natürlich hat uns der Rücktritt von Nikita S. Chrustchow tief bewegt. Gerade uns, die am Frieden interessierten Menschen. Wie sollte es auch anders sein. Nicht nur in der Sowjetunion, in der ganzen Welt gehörten ihm durch sein offenes klassenbewußtes Auftreten die Sympathien der einfachen Menschen. Gab es doch gerade in der Zeit seiner Leitungstätigkeit so entscheidende Erfolge in der SU wie zum Beispiel die Überwindung des Personenkultes und das Himmelssalut durch die Sputniks und Raumschiffe."*

Woher kam denn diese grundfalsche und antimarxistische Einschätzung von der SU, lieber Herr Aust?

Oder was stand im „Blinkfuer" über die Kulturrevolution? Man lese und staune: „ ... *und darum ist es bedauerlich, daß die Chinesen in einer so schweren Zeit, wie wir sie durchleben, ihre Kräfte darauf verschwenden, Grammophonplatten mit Mozartmusik zu zertrümmern und Straßen umzubauen."*

Die Kulturrevolution als Elefant im Schallplattenladen zu verleumden, und die Äußerung „die Welt braucht mehr solche Leute wie F. J. Strauß" als klassenkämpferisch hinzustellen, ist doch wirklich ein „starkes Stück". Wohlan KPD/ML ! ■



mit den revolutionären Bewegungen in Lateinamerika erreichen, indem wir sie mit konkreten Situationen konfrontieren, in denen sie gezwungen sind, eine Entscheidung zu treffen. Die Sowjetunion kann wohl ihre eigenen Auffassungen über den friedlichen Weg haben, über die Art und Weise, in diesem oder jenem Land die Revolution zu machen, sie kann eine Vorliebe für den parlamentarischen Weg zeigen usw. Wenn die Sowjetunion sich aber vor konkrete Entwicklungen gestellt sieht, so ist sie gezwungen, fortschrittlichere Positionen im Vergleich zu denen zu beziehen, die sie selber gerne einnehmen würde.

Ich habe den Eindruck, daß die revolutionären Parteien und die linken Parteien im allgemeinen sich zu sehr darum sorgen, was die Sowjetunion oder dieses oder jenes sozialistische Land über die Situation in anderen Ländern denken. Es kümmert sie allzusehr, zu wissen, ob die Sowjetunion und das sozialistische Lager eine bestimmte revolutionäre Bewegung unterstützen werden oder nicht. Unserer Auffassung nach muß das Problem anders gestellt werden: Es ist die Schaffung einer realen revolutionären Bewegung, die die sozialistischen Länder dazu bringen kann, eine unseren Vorstellungen entsprechende Haltung einzunehmen.

Während der letzten Jahre hat China gegenüber Lateinamerika einen gewissen Rückzug angetreten. Es scheint, daß es zur Zeit kein Interesse hat, seine Karten in diesem Teil der Welt auszuspielen. Dies ist Ausdruck der Großmachtpolitik, die sich in der chinesischen Außenpolitik – ähnlich wie seit Jahren in der sowjetischen Außenpolitik – durchgesetzt hat. Wir bedauern die chinesische Position sehr, aber wir verstehen in gewisser Weise die Gründe, die China dazu geführt haben, diese Haltung einzunehmen. Der Hauptgrund liegt darin, daß die Chinesen nicht der Ansicht sind, daß ihre Interessen von der Junta in Frage gestellt werden, ebensowenig, wie sie von der Regierung der Unidad Popular in Frage gestellt wurden. Man muß bedenken, daß die Volksrepublik China der Regierung Allendes eine Solidarität angeboten hat, die diese aus gewissen nationalen und internationalen Interessen nicht ausgenützt hat.

Die Sowjetunion hingegen spielte eine Rolle nicht nur durch die Situation der chilenischen Kommunistischen Partei, sondern durch ihre gesamte Politik, die sie in der Welt durchführen möchte, indem sie die friedliche Koexistenz propagiert. Außerdem manifestierten sich hier äußerst starke Interessen, wie die der französischen KP und der italienischen KP, die die Sowjetunion gezwungen haben, eine viel härtere Position gegenüber Chile einzunehmen.

In dem Maße, wie die internationale Lage die sozialistischen Länder zwingt, immer mehr eine von ihren eigenen Interessen diktierte Haltung einzunehmen, wird sich ein proletarischer Internationalismus entwickeln können, der heute fast vergessen ist. Es wird die Zeit kommen, da sich China für das interessiert, was in Lateinamerika geschieht, genauso wie die anderen sozialistischen Länder. Das ist die Situation auf die wir hinarbeiten.

„Wir erkennen die Pflicht der Kameradschaft, die Pflicht, alle Genossen zu unterstützen, die Pflicht der Duldsamkeit gegenüber den Meinungen der Genossen, *aber für uns ergibt sich die Pflicht der Kameradschaft aus der Pflicht vor der russischen und vor der internationalen Sozialdemokratie und nicht umgekehrt.*" (Lenin, Werke Bd. 4, S. 260 – Hervorhebung bei Lenin)

Albanien gegen BRD-Imperialismus



Genosse Hodscha

Während in der chinesischen Presse seit mehreren Jahren keine Artikel veröffentlicht wurden, in denen das aggressive und revanchistische Wesen des deutschen Imperialismus entlarvt wurde, hat die VR Albanien weiterhin an dieser Kennzeichnung festgehalten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß Albanien betont, daß *„die Bonner Regierung, die eine revanchistische Politik verfolgt, Albanien Milliarden D-Mark für Kriegsreparationen schuldet"* (Enver Hoxha, lt. „Spiegel" 42/74). Die chinesische Regierung hat demgegenüber auf alle Kriegsentschädigungen durch Japan verzichtet.

Zur Frage der Beziehungen zur BRD hat Albanien erklärt: *„Die Haltung unseres Landes gegenüber den USA, die eine aggressive imperialistische Politik verfolgen, zu einigen kapitalistischen Ländern, die ihre* ***Schuld und ihre Ungerechtigkeiten gegenüber dem albanischen Volk noch nicht wiedergutgemacht haben,*** *zu einigen Staaten, in denen faschistische und rassenreaktionäre Regimes herrschen, ist stets deutlich gemacht worden.* ***Wir haben zu ihnen keine Beziehungen unterhalten.*** *Genosse Enver Hoxha hat den Regierungen der USA, Großbritannien und der Deutschen Bundesrepublik hinsichtlich der Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Albanien noch einmal eine Abfuhr erteilt"* (Radio Tirana, alban., 29.10.74 – Hervorheb. von uns).

Die Haltung der VR China zu Westeuropa sieht etwa so aus: Die Kriegsgefahr kommt allein von den „beiden Supermächten", insbesondere von der Sowjetunion, die die *„Wachsamkeit der Völker Westeuropas einlullen"* will, *„um noch intensiver aufzurüsten und eine gegen Westeuropa gerichtete Aggression und Expansion durchzuführen"* („Ren-

Expansion durchzuführen" („Ren-min Ribao", 26.11.73). China vermerkt daher mit Wohlwollen jede gegen die Sowjetunion gerichtete Äußerung und jeden Aufruf zur forcierten Aufrüstung der imperialistischen Länder Westeuropas. *„Die westeuropäischen Länder erhöhen ihre Wachsamkeit gegenüber dieser Supermacht. So entwickelt sich der Trend zur Stärkung ihrer Union und Verteidigung. ... Die westeuropäischen Länder haben besonders seit dem Nahostkrieg vom vergangenen Jahr die Frage der Verteidigung auf die Tagesordnung gesetzt und begonnen mit der Sondierung der Zusammenarbeit in der Verteidigung Westeuropas"* („Hsinhua", engl., 19.1.74). Weiterhin wirft China der Sowjetunion vor, sie treibe *„auf jede erdenkliche Weise einen Keil in die Beziehungen zwischen den USA und Europa, um die NATO zu zersetzen... Da die Expansionsambitionen des Sowjetrevisionismus bei Westeuropa immer größere Wachsamkeit erweckt haben, halten einige westeuropäische Staaten die Koordinierung ihrer Beziehungen mit den USA ebenfalls für notwendig"* („Radio Peking", deutsch, 18.9.74).

Besonderer Aufmerksamkeit kann sich gemäß der „Logik" dieser Politik natürlich der BRD-Imperialismus erfreuen, dessen traditionelle Aggressivität und Revanchismus in Richtung „Osten" mit Bezeichnungen wie „wachsam" und „einsichtsvoll" belobigt werden, und zu dessen revanchistischen Absichten gegenüber der DDR und den Völkern Osteuropas den chinesischen Regierungspolitikern nur noch einfällt, daß die VR China auch für „die eine deutsche Nation" sei und Tschou En-lai im übrigen kein Kaliningrad, sondern nur Königsberg kenne (im ehemaligen Ostpreußen, heute sowjetisch!).

Demgegenüber betont Albanien, *„daß die NATO ihre Stärke und ihren aggressiven Charakter"* nicht verloren hat. *„Das Ziel der NATO war und bleibt der Kampf gegen den Kommunismus, die Unterdrückung der Revolution in Europa und die Sicherung der US-imperialistischen Interessen"* („Zeri i Populit", 4.4.74). – Während China die Aufrüstung der westeuropäischen Imperialisten förmlich e r m u n t e r t („Wachsamkeit" gegen den „Sozialimperialismus", der angeblich Westeuropa überschlucken will), sagt Albanien: *„Die Völker der Länder, in denen gegenwärtig NATO-Manöver stattfinden, können nicht die Augen davor verschließen, daß die Geschütze, Flugzeuge, Panzer und Raketen auch wieder Ansprüche auf „Lebensraum" mit sich bringen können. Anzeichen und Bemühungen dieser Art sind heute schon in Europa festzustellen. Die westdeutschen Militaristen bereiten sich mit Unterstützung durch die früheren Financiers Hitlers auf die Rache vor, die neuen Faschisten versuchen, politisches Terrain zu gewinnen und bemühen sich, die Macht zu erringen, und die Generale schwingen ihre Waffen in Europa"* („Zeri i Populit", 6.4.74). In aktuellen c h i n e s i s c h e n Veröffentlichungen findet man darüber bekanntlich k e i n Wort, bzw. noch lobende Worte für die ärgsten Revanchisten und Militaristen!

Über die spezielle Rolle des BRD-Imperialismus sagen die albanischen Genossen: *„Die USA haben Westdeutschland die Rolle des Hauptpartners im nordatlantischen Bündnis bei der Verwirklichung ihrer hegemonistischen Ziele übertragen"* (Zeri i Populit, 4.4.74). *„Der deutsche Imperialismus ist heute die Hauptstütze des amerikanischen Revanchismus in Europa. Neben anderen brauchen die westdeutschen Revanchisten das Bündnis mit den USA, um bei den Geschäften des Bündnisses Moskau-Bonn einen Druck ausüben zu können"* (Bashkimi, 7.3.74).

In seiner Denkschrift zur KSZE-Konferenz in Helsinki (vgl. AK 33, S. 18) betonte Albanien, daß *„die expansionistische und aggressive Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie der westdeutsche Revanchismus die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen."* Albanien betont ferner, daß der BRD-Imperialismus *„eine aggressive Macht darstellt, deren Appetit und Ansprüche ständig größer werden"* (Zeri i Populit, 14.12.73).

Diese begründete Einschätzung steht im genauen Widerspruch zur chinesischen These, daß die Kriegsgefahr nur von den „Supermächten", vor allem von der Sowjetunion, ausgehe und man die Aufrüstung der EG-Imperialisten als „Wachsamkeit" und „Verteidigungsbemühungen" unterstützen müsse. Wenn man sich nämlich darüber im Klaren ist, daß der BRD-Imperialismus eine erhebliche Gefahr für den Frieden in Europa darstellt, wird man auch nicht auf den Gedanken kommen können, dessen Vertretern Beschönigungen und Ermunterungen mit auf ihren Kriegskurs zu geben!

Zu Recht betont dagegen Albanien, daß die Völker Europas *„echten Frieden und wirkliche Sicherheit auf dem Kontinent"* nur erreichen können *„durch entschlossenen Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte und gegen den wieder zum Leben erweckten westdeutschen Militarismus"* (Zeri i Populit, 14.12.73).



Kriegsgefahr oder Wachsamkeit ?







Kommunisten und ›deutsche Wiedervereinigung‹

Das „ZK" der provokatorischen Gruppe „KPD/ML" hat im Dezember 1973 eine „Erklärung zur nationalen Frage" abgegeben, in der die „Wiedervereinigung unseres Vaterlandes" als Kampfziel aller „wahren deutschen Patrioten", „unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- oder Parteizugehörigkeit" propagiert wird. Indem in dieser Erklärung versucht wird, eindeutig rechtsgerichtete Positionen unter dem Titel des „Kommunismus" und „Marxismus-Leninismus" zu verbreiten, stellt sie eine weitere klare Provokation dieser Gruppe gegen die kommunistische Bewegung der BRD dar.

In nicht so provokatorischer Form spielt die Frage der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" („Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", Bayern – vormals ABG) oder der „Wiedervereinigung Deutschlands auf revolutionärer Grundlage („KPD"-„Rote Fahne") auch bei anderen Organisationen eine Rolle.

In diesem Artikel soll zunächst allgemein unser Standpunkt zur „Wiedervereinigung" dargestellt werden. Danach soll auf Einzelheiten in den Vorstellungen der „KPD/ML" eingegangen werden.

Haben wir eine „nationale Frage"?

Der deutsche Nationalstaat entstand aufgrund der inneren und äußeren Bedingungen erst vor etwa 100 Jahren, nämlich 1871, nachdem es die Bourgeoisie Preußens geschafft hatte, die herrschenden Klassen der meisten deutschen Teilstaaten zunächst über ökonomische Zusammenschlüsse („Deutscher Bund", „Deutscher Zollverein") an sich heranzuziehen und schließlich im gemeinsamen Eroberungskrieg 1870/71 gegen Frankreich zusammenzuschmieden.

Auf dem, durch die Folgen zweier vom deutschen Imperialismus ausgehender Kriege stark verkleinerten Boden des deutschen Nationalstaates von 1871 bestehen heute zwei deutsche Staaten, mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, eingebunden in unterschiedliche wirtschaftliche, politische und militärische Bündnissysteme. Diese Spaltung ergab sich aus dem Bestreben des US-Imperialismus, nach der Niederlage des Faschismus den deutschen Imperialismus im Westen Deutschlands als Teil der US-Globalstrategie gegen die sozialistischen Länder wieder aufzurichten und diesen Teil Deutschlands in den Einflußbereich des US-Imperialismus fest einzubauen.

Die Forderung der deutschen Kommunisten nach Überwindung dieser Spaltung hatte damals eine klar fortschrittliche Funktion, weil sie sich ge-

Die Forderung der deutschen Kommunisten nach Überwindung dieser Spaltung hatte damals eine klar fortschrittliche Funktion, weil sie sich ge-
gen die Globalstrategie des US-Imperialismus, gegen die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus richtete, und **weil sie einen Staat als Hinterland hatte, in dem bereits mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen worden war.**

Die politische Bewußtheit des arbeitenden Volkes im westdeutschen Staat war jedoch, begründet in der Zeit faschistischer Verhetzung und der nun einsetzenden neuen antikommunistischen Welle, sowie in Rückschlägen und Fehlentwicklungen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, nicht so, daß die revolutionären Parolen der KPD zur „sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes" von den Massen aktiv aufgenommen worden wären. Stattdessen fanden die reaktionären Parolen der CDU und SPD Gehör, die den vorhandenen Wunsch nach „Wiedervereinigung" umfälschten in: Eroberung der DDR für den deutschen Imperialismus, Liquidierung des sozialistischen Aufbaus auf deutschem Boden.

Das Bestehen zweier deutscher Staaten hat die gemeinsame Sprache zwar nicht aufgehoben (unbeschadet kleiner Verschiedenheiten, die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung der beiden Staaten in den letzten 25 Jahren ergeben haben), sie kann erst recht die Geschichte Deutschlands und seine traditionelle Kultur natürlich nicht aufheben, im Guten wie im Schlechten; wohl gibt es aber in den beiden Staaten ein unterschiedliches Verhältnis zu dieser Geschichte und Tradition.

Entscheidend ist, daß mit der Gründung der BRD (und nachziehend der DDR) ein Entwicklungsprozeß eingeleitet war, in dem die zuvor einheitliche deutsche Arbeiterklasse sich mehr und mehr in zwei Arbeiterklassen mit immer unterschiedlicheren Kampfaufgaben und Kampfbedingungen spaltete. Heute ist andererseits klar, daß sich die Arbeiterklasse der BRD von den zwei bis drei Millionen ausländischer Kollegen, die vom Imperialismus ins Land gezogen wurden, zwar in „nationaler" Hinsicht (Sprache, Tradition, Kultur) unterscheidet, aber hinsichtlich ihres Klassenkampfes die allerengste Gemeinsamkeit hat. Im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft" entwickelt sich zwischen den Klassenkämpfen in den imperialistischen Staaten Westeuropas ein immer engerer Parallelismus und Zusammenhang. Dies gilt entsprechend für die Arbeiterklasse der DDR im Rahmen der sogenannten „sozialistischen Staatengemeinschaft", d. h. der ökonomischen, politischen und militärischen Bindungen der revisionistischen Länder, mit der Sowjetunion als Zentrum. Dies bedeutet nicht, daß nicht auch zwischen den Klassenkämpfen in den beiden „Blöcken" – „sozialistische Staatengemeinschaft" und „Europäische Gemeinschaft" (+ USA) Wechselbeziehungen vorhanden sind, aber diese Wechselbeziehungen sind nicht so eng wie die innerhalb des jeweiligen „Blocks".

Als Kommunisten kämpfen wir für das Interesse aller Arbeiter, alle „nationalen" Schranken zwischen ihnen zu überwinden, wobei das wertvolle „kulturelle Erbe" der verschiedenen Völker nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil zum Besitz aller wird.

Als Kommunisten der BRD kämpfen wir vor allem darum, eine gemeinsame Kampffront der westdeutschen Arbeiterklasse mit den 2 - 3 Millionen ausländischer Kollegen in der BRD zu schaffen, und zwar nicht im Sinn einer Anpassung der ausländischen Kollegen (wobei diese dann einfach „deutsche Arbeiter" werden, wie es in einem früheren Zeitraum z. B. die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet wurden, wovon heute nur noch die slavischen Nachnamen künden), sondern im Sinn einer Respektierung und Durchdringung nationaler Besonderheiten.

Dies ist tatsächlich die „nationale Frage", die die Arbeiterklasse der BRD zu lösen hat, gemeinsam mit den ausländischen Klassenbrüdern und -schwestern.

Die „deutsche Wiedervereinigung" stellt sich uns dagegen nicht als ein besonderes programmatisches Ziel. Natürlich sind wir prinzipiell für die Überwindung der Nationalstaaten. Die erste Voraussetzung dafür ist die sozialistische Revolution, wobei das Proletariat eines jeden Landes *„natürlich zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden"* muß. (Marx-Engels, Manifest der Kommu-

wobei das Proletariat eines jeden Landes „natürlich zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden" muß. (Marx-Engels, Manifest der Kommu-
nistischen Partei). Wenn erst einmal in beiden deutschen Staaten das Proletariat zur herrschenden Klasse geworden ist, so wird es – aufgrund gemeinsamer Sprache und Geschichte – relativ günstige Bedingungen für eine rasche Überwindung der entstandenen nationalen Schranken zwischen ihnen geben.

Es gibt aber, wie gesagt, gegenwärtig keine besondere Gemeinsamkeit und Parallelität zwischen den Klassenkämpfen in BRD und DDR, demnach auch keine besondere Wahrscheinlichkeit einer gleichzeitigen revolutionären Entwicklung (obwohl eine revolutionäre Entwicklung in BRD oder DDR natürlich auf den anderen Staat zurückwirken würde).

Die „Wiedervereinigung" als besondere programmatische Forderung, aufgebauscht zur „nationalen Frage", gegenüber allgemeinen Interessen wie z. B. Schaffung einer gemeinsamen Kampffront zwischen westdeutschen und ausländischen Arbeitern in der BRD und im Rahmen der „EG", ist daher in jedem Fall eine Absurdität, und je mehr diese Frage „programmatisch" ausgewalzt wird, umso schlimmer. Die „KPD/ML" geht diesen Weg bis zur äußersten Konsequenz, indem sie in ihrer 44seitigen „Erklärung zur nationalen Frage" nicht nur rechtsopportunistische, sondern auch glatt rechte Positionen bezieht.

Warum dann nicht auch Österreich? ...

Untersucht man die „Argumente" der „KPD/ML" für die „Wiedervereinigung", so ergibt sich die Frage, warum bloß die DDR und nicht auch Österreich mit der BRD „wiedervereinigt" werden soll.

Sieht man die Sache zunächst unter dem historischen Gesichtspunkt, auf dem die „KPD/ML" sehr herumreitet, so ergibt sich, daß Österreich über 200 Jahre länger zum deutschen Siedlungs- und Sprachraum gehört als der größere Teil des Territoriums der DDR. Als um 950 der erste deutsche Einheitsstaat entstand, gehörte Österreich zu seinen Kerngebieten, während das Land östlich der Elbe von Slaven besiedelt war. Die Eroberung dieses Landes wurde formal Ende des 12. Jahrhunderts abgeschlossen, tatsächlich sind die meisten Städte der nördlichen Bezirke der DDR jedoch erst im 13. Jahrhundert gegründet worden.

Österreich blieb auch im Weiteren stets ein Teil dessen, was unter dem Namen „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation" schließlich völlig zu einer leeren Hülle wurde, der erst das Frankreich Napoleons den Todesstoß versetzte. Das deutsch-sprachige Österreich war auch Mitglied des „Deutschen Bundes", in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Daß Österreich schließlich 1871 nicht Teil des Deutschen Reiches wurde, war allein von den Widersprüchen zwischen den herrschenden Klassen Preußens und Österreich bestimmt.

Wenn wir nun die weiteren von der „KPD/ML" genannten „Kriterien" nehmen: gemeinsame Sprache? Zweifellos, in Österreich wird deutsch gesprochen, wenn auch Dialekt (der z.B. dem bayerischen ähnlicher ist als das Platt). – Gemeinsame Geschichte und Kultur? Sowieso!

Es ist aber wohl so, daß die Forderung nach „Wiedervereinigung" mit Österreich, die manchen „KPD/ML"ern tatsächlich schon seit Jahren im Kopf herumspukt, die Absurdität der „Wiedervereinigung"-Parole vom kommunistischen Standpunkt allzu deutlich machen würde.

Bündnis „aller deutschen Patrioten"?

Die „Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage" gipfelt in den Forderungen *„Das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes entwickeln!"* und *„Vereinigen, wir uns im revolutionären Kampf mit allen deutschen Patrioten!"*.

Die „Erklärung" schließt mit dem Satz: **„Vereinigen wir uns mit allen Kräften des deutschen Volkes in Ost und West, die bereit sind, diesen Kampf aufzunehmen, unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- oder Parteizugehörigkeit in einer nationalen, revolutionären Front für ein vereinigtes und unabhängiges, sozialistisches Deutsch-**

sations- oder Parteizugehörigkeit in einer nationalen, revolutionären Front für ein vereinigtes und unabhängiges, sozialistisches Deutsch-
land!"

Die einzelnen Teile dieses Satzes widersprechen sich selbst. Die Weltanschauung des Proletariats ist der dialektische Materialismus, der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus. Wenn die „KPD/ML" jedoch dazu aufruft, unabhängig von der Weltanschauung für ein sozialistisches „Deutschland" zu kämpfen, so meint sie es folglich entweder mit der Unabhängigkeit oder mit dem Sozialismus nicht sehr ernst. Denn der Kampf für den Sozialismus kann nicht unabhängig davon sein, daß er auf dem Boden und mit der Waffe der proletarischen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus, geführt wird.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung kann zur Erreichung von Teilzielen Bündnisse mit Menschen eingehen, mit denen sie nur dieses Teilziel (z.B. Abwehr eines Angriffs auf bürgerlich-demokratische Rechte, Einstellung der US-Aggression gegen Indochina), nicht aber die sozialistische Weltanschauung gemeinsam hat; wobei es natürlich möglich und erstrebenswert ist, wenn möglichst viele dieser Menschen in solchen Teilkämpfen an die sozialistische Weltanschauung herangeführt werden.

Die „nationale, revolutionäre Front" unabhängig von der Weltanschauung im Kampf für ein sozialistisches Deutschland ist jedoch eine Absurdität. Es sei denn, man meint in Wahrheit gar nicht Sozialismus, sondern einen Pseudo-„Sozialismus", wie er von allerlei „nationalrevolutionären" und ähnlichen revolutionär kostümierten faschistischen Gruppen angepriesen wird. (vgl. AK 40, Faschisten mit „linker" Masche)

Dies paßt allerdings genau in den Rahmen der Politik der „KPD/ML", sich mit Appellen an das „gesunde Volksempfinden" und an den Antikommunismus bei rückständigen Volksschichten anzubiedern und dort ihre „Bündnispartner" zu suchen; es paßt auch zur reaktionären Haltung der „KPD/ML" gegenüber den „nationalen" Regimes in Libyen und Ägypten. (vgl. AK 42, Die „KPD/ML" steht fest an der Seite der arabischen Bourgeoisie)

Dies geht soweit, daß die „KPD/ML" in der „Erklärung zur nationalen Frage" dazu aufruft, *„das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes zu entwickeln"* und sich gleichzeitig über *„sonst fortschrittliche Menschen"* beklagt, die dieser Frage nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken; und die „KPD/ML" wirft sogar der alten KPD vor, sie habe die **„Bedeutung der nationalen Frage"** unterschätzt und ihr nur **„ungenügende Aufmerksamkeit"** geschenkt, **„nicht rechtzeitig ihre Aufgabe gegenüber der Nation erkannt"**.

Um „das Nationalbewußtsein zu entwickeln" preist die „KPD/ML" nicht nur wortreich *„unsere schöne deutsche Sprache"*, *„unsere schöne deutsche Heimat"*, sondern schließlich gar die **„psychische Wesensart des deutschen Volkes"**, an der sich *„hüben wie drüben wenig geändert"* habe. Als besonders schöne Züge der „psychischen deutschen Wesensart" nennt die „KPD/ML": **„Arbeitsfleiß" und „Ordnungssinn" sowie „wissenschaftliches und künstlerisches Genie"**.

Indem hier der „Arbeitsfleiß" und „Ordnungssinn" als besondere Züge behauptet werden, die gerade für die deutsche „psychische Wesensart" bezeichnend seien, wird an eines der geläufigsten Vorurteile angeknüpft (deutsch = fleißig usw.). Dabei liegt zugleich die chauvinistische Unterstellung nahe, daß andere Völker weniger fleißig, weniger „ordentlich", womöglich auch weniger „sabuer" sind etc. Denn sonst wäre es absurd, den „deutschen" Arbeitsfleiß als etwas besonderes hervorzuheben.

In Wirklichkeit ist z.B. Arbeitsfleiß keine speziell „deutsche" Eigenschaft, die in geheimen Tiefen der „deutschen Wesensart" begründet liegt. Überall auf der Welt ist harte Arbeit für das „täglich Brot" das Kennzeichen der arbeitenden Klassen. Unsere ausländischen Kollegen sind nicht weniger fleißig als wir. Andererseits gibt es in der BRD, wie anderswo, eine Bourgeoisie, die von der Ausbeutung der arbeitenden Klassen schmarotzt. „Arbeitsfleiß" kommt also nicht aus der „psychischen Wesens-

tung der arbeitenden Klassen schmarotzt. „Arbeitsfleiß" kommt also nicht aus der „psychischen Wesens-
art" eines bestimmten Volkes, sondern aus der Situation der arbeitenden Klassen. Ähnlich haften „Ordnungssinn" und „wissenschaftliches Genie" nicht dem „deutschen Wesen" an wie dem Dackel die Schlappohren, sondern ergeben sich aus einer bestimmten historisch-gesellschaftlichen Entwicklung.

Es ist sicher gut, wie die „KPD/ML" schreibt, beim arbeitenden Volk den Stolz auf das zu wecken, was es geschichtlich geleistet hat, auf dem Gebiet der materiellen Produktion, der Kultur-Stolz auf Fleiß und Phantasie, Zähigkeit und Mut der arbeitenden Klassen.

Wir tun dies aber als Kommunisten nicht im Sinn des „Nationalbewußtseins", sondern des Klassenbewußtseins. Wir erklären, daß überall auf der Welt in den Volksmassen eine große Schöpferkraft liegt, die erst durch die sozialistische Revolution zur vollen Entfaltung gelangen kann. Wir schwärmen nicht von *„den hochaufstrebenden, in ihrer Schönheit und Linienstrenge unvergleichlichen Domen von Köln und Meißen"* (zu soviel verlogenem Pathos läßt sich die „KPD/ML" tatsächlich in ihrer „Erklärung" hinreißen) im Sinne eines zu entwickelnden „Nationalbewußtseins", sondern wir erklären, daß überall auf der Welt z.B. großartige Bauwerke die Schaffenskraft und Phantasie des arbeitenden Volkes bekunden, und zeigen, wie diese Kraft in den Ausbeuterordnungen dazu vergeudet wurde, äußerlich großartige, aber für das arbeitende Volk nutzlose Bauten wie Dome, Pyramiden, Tempel, Adelspaläste aufzutürmen.

Im übrigen halten wir, aufgrund der erwähnten engsten Gemeinsamkeit mit 2-3 Millionen ausländischen Kollegen in der BRD und aufgrund des immer engeren Zusammenhangs und Parallelismus zwischen den Klassenkämpfen im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft", es für besonders wichtig, die Arbeiterklasse der BRD nicht nur mit den Traditionen des deutschen Volkes, sondern ebenso mit den Traditionen anderer Völker bekannt zu machen, zu denen wir im Rahmen der „EG" und besonders des Imports ausländischer Arbeitskraft in die BRD, schon in einem immer enger werdenden Klassenkampf-Zusammenhang stehen. Im weiteren Sinn gilt das auch für die Völker der „Dritten Welt", z.B. die Araber.

Verbeugung vorm Antikommunismus

Als vorgeblich „Kommunistische Partei" grenzt die „KPD/ML" sich natürlich mit großem Pathos vom bürgerlichen Nationalismus und vom Antikommunismus ab. Dies hinderte sie freilich noch nie, vorm Antikommunismus zurückzuweichen und ihm Reverenz zu erweisen.

In der „Erklärung des ZK der KPD/ML" wird ein feiner Unterschied gemacht in der Bewertung des BRD-Imperialismus einerseits und der „neuen Bourgeoisie" in der DDR andererseits. Während der BRD-Bourgeoisie immerhin politische Selbständigkeit zuerkannt wird, wird die „neue Bourgeoisie" der DDR nur als *„Vasallenclique"* der Sowjetunion hingestellt. Wörtlich identisch mit den Angriffen der BRD-Reaktion finden sich in der „Erklärung zur nationalen Frage" Begriffe wie *„treuer Lakai ihrer Herren im Kreml"*, *„ostberliner Stiefellecker der neuen Zaren"*, *„Statthalter der Herren in Moskau"*. Es fehlt auch nicht die berüchtigte Behauptung, die Herrschaft der *„ostberliner Stiefellecker der neuen Zaren"* stütze sich nur *„auf die sowjetischen Bajonette"*. Man ist voll auf dem Boden jener reaktionären, antikommunistischen Angriffe, die gegen die DDR seit ihrer Gründung gerichtet wurden und spricht an anderer Stelle auch davon, die DDR sei *„mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl ... in ein finsteres Gefängnis verwandelt"* worden („Roter Morgen", Nr. 5/74, S. 6).

Fehlen darf in dieser „Erklärung zur nationalen Frage" auch nicht der Hinweis auf die angebliche militärische Bedrohung durch die Sowjetunion, wobei diese Super-„Revolutionäre" sich ausschließlich auf die Phantasiezahlen der NATO-Militaristen stützen (z.B. *„daß heute den 28.000 Panzern des Warschauer Paktes in Europa 6.600 der NATO gegenüberstehen"*); Phantasiezahlen, deren Funktion es ist, Stimmung für eine

Europa 6.600 der NATO gegenüberstehen"); Phantasiezahlen, deren Funktion es ist, Stimmung für eine
weitere Aufrüstung der NATO zu machen und von der Faschisierung und Militarisierung im eigenen Land abzulenken.

Der Unterschied zwischen einer kommunistischen Kritik am Revisionismus der DDR (bzw. der Sowjetunion etc.) und andererseits antikommunistischen Unterstellungen (die sich natürlich nicht gegen den Revisionismus, sondern gegen in der DDR noch vorhandene Reste sozialistischer Errungenschaften richten) wird von diesen Super-„Revolutionären" völlig verwischt. Die besonderen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in einem Land, das bereits die ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus getan hatte und dessen „neue Bourgeoisie" sich politisch-ideologisch gerade auf den Sozialismus zu stützen vorgibt, werden überhaupt nicht gesehen, sondern auf Formeln der Springer-Presse versimpelt („finsteres Gefängnis", „sowjetische Bajonette" etc.).

Dieses plumpe Anbiedern an antikommunistische Stimmungen, an reaktionäre Lügen und Fälschungen macht plastisch deutlich, was wohl mit dem Aufruf an die „wahren deutschen Patrioten" gemeint ist; sich „unabhängig von ihrem weltanschaulichen Bekenntnis" zusammenzuschließen. ●



Deng Hsiao-ping: Ein "Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg"

Als wahrscheinlicher Nachfolger Tschu En-lai's wird in der bürgerlichen Presse Deng Hsiao-ping behandelt, der u.a. bei den Besuchen des damaligen Führers der britischen „Konservativen", Heath, und des CSU-Chefs Strauß in Peking durch „eigenwillige" Äußerungen auffiel. In einer Situation, wo in Großbritannien die Werktätigen gegen die Folgen des britischen EG-Beitritts.

DEN ROTEN SAUSTALL AUSRÄUMEN! WENN ES SEIN MUSS, MIT DER MASCHINENPISTOLE FÜR RUHE UND ORDNUNG SORGEN! DAMIT DEUTSCHLAND WIEDER ZÄHLT IN DER WELT! VON ATLANTIK ZUM URAL – VORWÄRTS FÜR DAS KAPITAL!..

GANZ EGAL, OB DIE KATZE SCHWARZ ODER WEISS IST – HAUPTSACHE SIE FÄNGT MÄUSE!

CSU

TENG HSIAO-PING

kämpften und Heath nicht zuletzt durch diese Kämpfe zum Rücktritt gezwungen worden war, wußte Deng Hsiao-ping zu sagen: **„Herr Heath hat sich immer für die Einheit der westeuropäischen Länder und die Stärkung ihrer eigenen Unabhängigkeit und Souveränität eingesetzt, und er hat Großbritannien konsequent zur Rückkehr nach Europa geführt; das ist ein wichtiges Ereignis im Interesse des Kampfes der westeuropäischen Völker gegen den Hegemonismus"** (lt. „Hsinhua", engl., 25.5.74).

Im Gegensatz zu den britischen Werktätigen erklärte also Deng Hsiao-ping den britischen EG-Beitritt für ein wichtiges Ereignis im Interesse der westeuropäischen Völker!

Nicht weniger originell war eine seiner Äußerungen gegenüber dem CSU-Chef Strauß: **„Man hat Ihnen drei Etiketten angehängt: Feind des Friedens, Feind der Sicherheit und Feind der Entspannung ... Ich meine, diese Leute haben das gesagt, weil Sie, Herr Strauß, die Schwächen dieser Menschen aufgedeckt haben ... Diese Leute, die Herrn Strauß die Etiketten anhängen, nennen uns Abenteurer und kriegslüstern. Unsere Zusammenkunft in Peking ist daher nach Ansicht dieser Leute ein Treffen der schlechtesten Menschen auf der Welt. Leider gibt es auf der Welt noch viel zu wenige solcher schlechtesten Menschen"** (lt. „FR", 16.1.75). Strauß ist also gar kein Revanchist und Kriegstreiber, nur böse Menschen haben ihm diese „Etiketten" angelegt; die Wahrheit ist vielmehr, wenn man Deng Hsiao-ping folgen soll, daß der Herr Strauß zu den Menschen gehört, von denen es leider viel zu wenige auf der Welt gibt. Eine bemerkenswerte Auffassung, die auf dem selben Niveau steht wie Deng Hsiao-ping's dickes Lob für den britischen EG-Beitritt.

Diese Äußerungen werden allerdings verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß eben dieser Deng Hsiao-ping während der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966-69) Ziel heftiger Angriffe der revolutionären Linken war. Als *„Chinas Chruschtschow Nr. 2"* (die „Nr. 1" war Liu Schao-tschi) und als *„der andere oberste Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg"* verschwand er schließlich (leider nur vorübergehend!) in der Versenkung. In einem Artikel der „Peking Rundschau" 43/1968 (S. 15) heißt es über Deng Hsiao-ping: *„Der andere oberste Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg und ...* (es folgen eine Reihe weiterer Namen – Anm. d. Red.) *... sind alles Verräter, Feindagenten oder konterrevolutionäre Revisionisten, die heimlich mitten in unserer Partei saßen. Dieses Pack von äußerst verschlagenen und übelwollenden Leuten hatten nicht wenige bedeutende Positionen in unserer Partei und Regierung an sich gerissen. Wenn einmal die Bedingungen herangereift wären, wollten sie die Staatsmacht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umkehren ... Wenn sich das ereignet hätte, dann würde China seine politische Farbe gewechselt haben und es hätte sich die geschichtliche Tragödie wiederholt, die sich in der Sowjetunion und in denjenigen Ländern unter der Herrschaft der revisionistischen Renegatencliquen ereignet hat, in denen der Kapitalismus wieder eingeführt worden ist ..."*.

Von Deng Hsioa-ping ist der berüchtigte Spruch überliefert: **„Solange die Produktion dadurch gesteigert wird, ist die bäuerliche Einzelwirtschaft zulässig. Ob die Katze weiß oder schwarz ist, solange sie Mäuse fängt, ist sie in Ordnung"** (lt. „Peking Rundschau", 49/67, S. 17). Unter dieser Devise *„befürwortet er die Erweiterung des Bodens für private Nutzung und die Erweiterung des freien Marktes, die Erhöhung der Zahl kleiner Unternehmen mit Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust sowie die Festlegung von Ertragsquoten auf Grund einzelner Haushalte. Er blies den üblen Wind der bäuerlichen Einzelbewirtschaftung an ..."* („Peking Rundschau", 20/1968, S. 27). Deng Hsiao-ping wurde vorgeworfen, er habe die revisionistische Theorie vom „Absterben des Klassenkampfs" propagiert. Er soll gesagt haben: **„In der vorangegangenen Periode haben wir Revolution gemacht, und jetzt ist die Revolution im Wesentlichen abgeschlossen; in künftigen Tagen ist der Aufbau unsere Aufgabe"; „Die Klassen sind im Wesentlichen beseitigt worden und daher sollte der Klassenkampf nicht betont werden"** (ebenda, S. 25). Deng Hsiao-ping soll auch behauptet haben, daß der Kampf zweier Linien in der Partei **„kein Kampf zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Weg"** sei, **„sondern ein Kampf der Methoden", „wobei es sich um die Frage des Tempos des sozialistischen Aufbaus handelt"** (ebenda, S. 26). Deng Hsiao-ping soll sich außerdem während des „Großen Sprungs" (Ende der 50er Jahre) mit Liu Schao-tschi gegen die Volkskommunen verbündet haben (ebenda, S.27).

Deng Hsiao-ping wurde auf Grund der Kritik an seiner Person aus dem öffentlichen Leben der VR China zurückgezogen. Allerdings wurde er niemals namentlich angegriffen, und als das 12. Plenum des VIII ZK der KP China (31.10.68) beschloß, *„Liu Schao-tschi ein für allemal aus der Partei auszuschließen, ihn all seiner Parteiämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben und weiterhin mit ihm und seinen Komplizen über die durch Verrat an der Partei und unserem Land begangenen Verbrechen abzurechnen"* („Peking Rundschau", 44/1968, S.6), blieb Deng Hsiao-ping anscheinend einigermaßen ungeschoren.

So konnte er im April 1973 „plötzlich" wieder in seinem alten Rang als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit auftreten (auf einem Bankett zu Ehren des kambodschanischen Prinzen Sihanouk). Auf dem X. Parteitag der KP Chinas (August 1973) wurde Deng Hsiao-ping in das ZK der Partei gewählt. Etwas später wurde er auch in das Politbüro des ZK kooptiert (d.h. nicht vom Parteitag in dieses Gremium gewählt, sondern nachträglich hineingenommen; er war vorher nicht einmal Kandidat des Politbüros gewesen). Damit war der Wiederaufstieg dieses „Parteimachthabers auf dem kapitalistischen Weg" aber noch keineswegs abgeschlossen. Das 2. Plenum des X. ZK der KP Chinas (8. - 10.1.75) wählte ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei (davon gibt es nunmehr sechs) und damit überdies als Stellvertretenden Ministerpräsidenten (davon gibt es zwölf) bestätigt. Deng Hsiao-ping ist der einzige Politiker, der die Posten eines Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Stellvertretenden Ministerpräsidenten (also Partei- und Staatsamt) vereinigt. Deng Hsiao-ping hat im Übrigen, seit Ministerpräsident Tschou En-lai häufig durch Krankheit verhindert ist, dessen aussenpolitische Aufgaben oft wahrgenommen. Schließlich folgte Ende Januar noch seine Ernennung zum Generalstabschef der Armee.

Die bürgerliche Presse preist Deng Hsiao-ping als *„Pragmatiker"* mit *„nüchternem Realitätssinn"* und einen *„der geschicktesten und erfahrensten chinesischen Politiker"* („Süddeutsche Zeitung", 20.1.75), den man gern als Nachfolger des nicht weniger „pragmatischen" Tschou En-lai sehen würde. Mao Tse-tung hat gesagt: **„Ich bin der Meinung, daß es für uns ... schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stecken"** (Worte ... S. 18). Die bürgerliche Presse notiert allerdings mit Bedauern, daß der „Pragmatiker" Deng Hsiao-ping *„starke Widersacher in den eigenen Reihen"* habe („SZ", 20.1.75). Das hören wir gern!



Deng Hsiao-ping (rechts) amüsiert sich glänzend im Gespräch mit Henry Kissinger. Links schüttelt sich Außenminister Tschao-Guan-hua vor Lachen. Franz Josef Strauß hält er übrigens für einen „einsichtsvollen Politiker". Wenn das kein Grund zum Lachen ist! ...

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ **Nr. 23** — **Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"**
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
48 Seiten DM 2,50

○ **Nr. 24** — **„Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts"**
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,–

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

Hermann Remmele – Schritt halten!

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausagen	ab Nr.		DN 9,60
○ Förderabo für 6			
○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(S) ____________________

Anschrift: ____________________

____

____

____

(Datum) (Unterschrift)

Verlags-Katalog **kostenlos**
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

China und die Super'linken'



„Die Diskussion um Strauß' China-Besuch wirkt klärend"

Begeisterung über den herzlichen Empfang von F.J.Strauß in der VR China herrschte bei den Super-„linken". Das sei *„im Interesse der Völker"* („Roter Morgen", 25.1.75), das sei *„revolutionäre Realpolitik"* („Rote Fahne", 22.1.75) jubelten die „einzigen Parteien der deutschen Arbeiterklasse" um die Wette. Eine gewisse Logik muß man dabei dem Herausgeber des „RM", Ernst Aust, bescheinigen, der ja schon vor mehr als einem Jahrzehnt, damals noch als Chefredakteur und Herausgeber einer revisionistischen Zeitung namens „Blinkfüer", Loblieder auf „sozialistische Realpolitik" (damals der Sowjetunion) zu singen gelernt hat, und der in jenen längst vergangenen Zeiten den US-Präsidenten Kennedy als „vernünftigen Staatsmann" anpries – wenn heute Strauß von chinesischen Politikern als „einsichtsvoller Politiker" gelobt wird, sind das sicher vertraute Töne für den „größten Sohn der deutschen Arbeiterklasse", Ernst Aust.

beiterklasse", Ernst Aust.

Anders steht es um die Gruppe „KPD", die erst über einige Bauchschmerzen jetzt den Weg zum rechten (!!) Glauben gefunden zu haben scheint und sich deshalb von der Konkurrenzfirma „KPD/ML" schwer einen einschenken lassen mußte: So zitierte der „RM" genüßlich aus einem Artikel der „Roten Fahne" (41/72) der „KPD", wo es noch geheißen hatte: *„Unsere Partei teilt ... nicht die Auffassung, die Entwicklung der Widersprüche in der Welt werde gegenwärtig durch den Zusammenschluß der ‚kleinen' und ‚mittelgroßen' Länder zu einer gegen die ‚Supermächte' gerichteten Front bestimmt"*. Diese inzwischen überwundene Glaubenskrise wird der Gruppe „KPD" jetzt dick auf's Brot geschmiert, um sie im „RM" der ‚Taktiererei" zu beschuldigen.

Abgesehen von diesem Gerangel herrscht aber unter den Parteifahnen Einigkeit, daß die VR China gut daran tue, *„die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen"* („RM", 25.1.75), den *„chauvinistische(n) Kurs eines Strauß, den er vom Standpunkt der BRD-Monopolbourgeoisie aus verfolgt, im Sinne der Verschärfung der Widersprüche zwischen imperialistischen Räubern und des Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte, USA- und Sozialimperialismus, auszunutzen"* („RF", 5/75).

Der „RM" behauptet dann noch, daß dies dazu diene, die **„Kriegsgefahr zu vermindern"**. Nun ja, an sich sollte man ja meinen, daß die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten n i c h t zur Verminderung der Kriegsgefahr, sondern zu ihrer S t e i g e r u n g führt. Der „RM" schreibt sogar an anderer Stelle ganz richtig: *„Daß die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg gegenwärtig von der Rivalität der beiden Supermächte ausgeht, heißt aber nicht, daß die kleineren imperialistischen Staaten nicht aggressiv wären. Vor allem die westdeutschen Imperialisten enthüllen zunehmend ihre aggressiven Pläne"* („RM", 25.1.75). Und weiter: *„Gerade in der letzten Zeit haben die westdeutschen Imperialisten offen ihre Großmachtansprüche angemeldet. Der westdeutsche Imperialismus hat sein revanchistisches Ziel der militärischen Rückeroberung der DDR nicht aufgegeben, er kämpft im Windschatten des US-Imperialismus um die Vorherrschaft in der sogenannten Europäischen Gemeinschaft und stellt für die Völker Europas eine große Gefahr dar ... Fieberhaft rüstet der westdeutsche Imperialismus auf"* („RM", 8.2.75).

Dem können wir völlig zustimmen. Nur: Was heißt es denn konkret unter diesen Bedingungen, wenn chinesische Politiker die Aufrüstung der EG-Imperialisten e r m u n t e r n und speziell dem revanchistischen deutschen Imperialismus Etiketten wie „wachsam" und „einsichtsvoll" anhängen? Was bedeutet es, die „Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen", wenn es ein wesentlicher Teil dieser Widersprüche ist, daß der BRD-Imperialismus zu neuen Raubkriegen rüstet? Was bedeutet es, die Vorbereitung dieser Raubkriege als „Wachsamkeit" gegen angebliche Aggressionsabsichten der Sowjetunion zu ermutigen? Kann irgend jemandem unklar sein, welche Auswirkungen eine solche „Verschärfung der Widersprüche" zwischen den Imperialisten, wie vor allem die „KPD" sie ganz naiv propagiert, konkret für die Völker Europas, und besonders Mitteleuropas, haben würde?



Da wird eine aggressive imperialistische Macht, von der schon jetzt eine große Kriegsgefahr in Europa ausgeht, von den Vertretern eines sozialistischen Staates ausdrücklich zur „Wachsamkeit" und zu verstärkten „Verteidigungsanstrengungen" ermuntert, also in ihren Kriegsvorbereitungen unterstützt – und „Kommunisten" eines Landes, das zu einem Hauptschauplatz dieser Art von „Ausnutzung der Widersprüche" werden würde, loben das auch noch als „revolutionäre Realpolitik". Das ist schon ganz schön makaber!

Nun ist es sicher ganz überflüssig, den ohnehin schon enorm aufrüstenden BRD-Imperialismus auch noch zusätzlich zur „Wachsamkeit" aufzurufen. Trotzdem ist es für die BRD-Imperialisten propagandistisch nicht völlig unwichtig, wenn sie gegenüber den werktätigen Massen der BRD und international das ihnen von chinesischen Politiker verliehene „Prädikat: besonders wachsam" vorweisen können. Da nützt es dann auch wenig, wenn die Super„linken" beteuern, daß die chinesischen Genossen natürlich genau wüßten, was der Strauß für ein Schlimmer ist – wenn die chinesischen Politiker darüber kein Wort verlieren, sondern es im Gegenteil vorziehen, Strauß Etiketten wie „wachsam" und „einsichtsvoll" umzuhängen.

Im Übrigen: Wenn der „RM" schreibt, die DKP-Revisionisten seien **„sogar noch gefährlicher als Strauß und seine CSU zusammen"** (1.2.75), so muß man doch wohl angesichts der an anderer Stelle geäußerten richtigen Einsichten in die vom BRD-Imperialismus ausgehenden Kriegsgefahren alte Zweifel über den Geisteszustand dieser Leute bestätigt finden.

Außerdem operieren die Super-„linken" trotz richtiger Einsichten in die vom BRD-Imperialismus ausgehende Gefährlichkeit (was gerade die „KPD/ML" immer zu Recht betont hat) mit haarsträubenden Behauptungen, daß die Sowjetunion sich **„Westeuropa einverleiben"** wollte, daß die „Ostverträge" **„die Vorstufe zur Einverleibung ganz Deutschlands"** seien („RM", 1.2.75), womit sie sich objektiv zu Wasserträgern der imperialistischen Kriegspropaganda machen („Verteidigung gegen die Aggressionsabsichten der Sowjetunion"), ebenso wie sie mit ihrer Art von Angriffen auf die DDR, ihren Stellungnahmen zur „deutschen Einheit" u.a.m. objektiv voll in die antikommunistische Kerbe hauen. Das Ineinanderfließen von super-„linken" und faschistoiden Positionen im Bereich des durch die kapitalistische Krise radikalisierten Kleinbürgertums zeigt sich auch hier. ●

NACHDRUCK aus **Arbeiterkampf Nr. 38**

Die Haltung der Kommunisten zu zwischenimperialistischen Widersprüchen

Dieser Artikel ist der dritte Teil unserer damaligen Artikelserie zur Außenpolitik der VR China

Die chinesische Außenpolitik geht davon aus, daß es in der gegenwärtigen Welt zwei „Hauptfeinde“ gibt, nämlich den „Sozialimperialismus“ der Sowjetunion und den US-Imperialismus. Von diesen beiden wird der „Sozialimperialismus“ in gewissem Sinn als der gefährlichere Feind angesehen.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung sieht die VR China speziell in den imperialistischen Staaten Westeuropas objektive Verbündete im „Kampf gegen die zwei Supermächte“. Die chinesische Außenpolitik gegenüber diesen Staaten erschöpft sich nicht in den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, d.h. in wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Beziehungen. Vielmehr ist das Verhältnis dadurch gekennzeichnet, daß die VR China die westeuropäischen Staaten ausdrücklich ermuntert, sich wirtschaftlich und politisch enger zusammenzuschließen und „ihre Verteidigungsanstrengungen zu verstärken“.

Das beinhaltet u.a. auch, daß die VR China in den letzten Jahren ihre Kritik am aggressiven Imperialismus und Militarismus der BRD und Japans weitgehend eingestellt hat zugunsten einer Unterstützung von deren „Kampf gegen die Supermächte“.

Es ist ohne weiteres klar, daß zwischen dem US-Imperialismus, dem Sowjetrevisionismus und den westeuropäischen Imperialisten Widersprüche bestehen. Das kann vom Standpunkt des internationalen Proletariats und des Sozialismus aus nützlich sein.

Die Stellungnahme des internationalen Proletariats und der kommunistischen Bewegung darf jedoch niemals die Form einer Parteinahme für diese oder jene imperialistische Macht annehmen. Gerade darum aber handelt es sich bei der Außenpolitik der VR China gegenüber den westeuropäischen Imperialisten, wenn deren expansive und aggressive Anstrengungen als Unabhängigkeitspolitik „gegen die Supermächte“, als Ausdruck von „Wachsamkeit“ (speziell gegenüber der Sowjetunion), als gerechtfertigte „Verteidigungsanstrengungen“ fehlinterpretiert werden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Haltung der Kommunistischen Internationale zum Zweiten imperialistischen Weltkrieg. Die Kommunisten lehnten diesen Krieg als von a l l e n Seiten ungerechten imperialistischen Krieg ab; die Kommunisten Frankreichs z.B. lehnten es ab, einen Standpunkt der „Vaterlandsverteidigung“ gegen den deutschen Faschismus zu beziehen (was ihnen bisweilen heute noch von Trotzkisten und anderen Antikommunisten vorgeworfen wird). Dies änderte sich erst, als der deutsche Imperialismus selbst durch den Überfall auf die Sowjetunion den Charakter des Krieges änderte – d.h.
Charakter des Krieges änderte – d.h.
wo dieser nicht mehr nur als imperialistischer Raubkrieg geführt wurde, sondern auf der anderen Seite als auch gerechter Krieg für die Verteidigung der Sowjetmacht, des ersten sozialistischen Staates. Erst d a n n kam es zu einem Bündnis des Sowjetstaates mit einer der imperialistischen Kriegsparteien.

Mao schrieb nach dem faschistischen Überfall auf Polen 1939:

„Der jetzt ausgebrochene Krieg ist sowohl von seiten Englands und Frankreichs als auch von seiten Deutschlands ein ungerechter, ein räuberischer, ein imperialistischer Krieg. Die kommunistischen Parteien und die Völker aller Länder müssen sich dagegen erheben, müssen den imperialistischen Charakter der beiden kriegführenden Seiten entlarven, müssen zeigen, daß dieser Krieg den Völkern der Welt lediglich Schaden zufügt und ihnen nicht im geringsten nützt, sie müssen die verbrecherischen Taten der sozialdemokratischen Parteien entlarven, die den imperialistischen Krieg unterstützen und die Interessen des Proletariats verraten.“ (129)

Dieser Standpunkt muß besonders betont werden, weil bereits der Versuch unternommen wird, die chinesische Politik der „Einheitsfront gegen die Supermächte“ mit der antifaschistischen Allianz im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen: damals habe sich die Sowjetunion ja auch mit imperialistischen Mächten gegen den deutschen Faschismus verbündet. **Dieses Bündnis wurde aber, durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion e r z w u n g e n ; es kam nicht etwa zustande, weil die Kommunisten die Sache des US-Imperialismus und seiner imperialistischen Verbündeten für „besser“, „gerechter“ etc. gehalten hätten als den deutschen Faschismus.**

Die antifaschistische Allianz wirkte sich in dem Moment auch negativ aus, wo „vergessen“ wurde, was den US-Imperialismus, den britischen und französischen Imperialismus in den Krieg geführt hatte, wo ihr Krieg als gerechter Krieg hingestellt wurde, wo die imperialistischen Verbündeten der Sowjetunion als Kräfte des Friedens und der Demokratie hingestellt wurden. (130)

Was bedeutet es also, wenn die VR China erklärt, die imperialistischen Staaten Westeuropas müßten sich „zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit“ zusammenschließen und „ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken“? Die notorischen Verteidiger der Aussenpolitik der VR China sollten klipp und klar sagen, ob sie diese E i n s c h ä t z u n g der imperialistischen Staaten Westeuropas durch die chinesischen Außenpolitiker für richtig halten oder nicht.

Wir halten diese Einschätzung für krass falsch. Wenn imperialistische Staaten sich zusammenschließen, so geschieht das nie zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, sondern zur Verstärkung ihres Gewichts im imperialistischen Konkurrenzkampf. Wenn imperialistische Staaten rüsten, so geschieht das nicht zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, sondern zur Vorbereitung neuer Raubzüge.
züge.

Das ganze Geschrei der imperialistischen Politiker Westeuropas über die „russische Drohung“ etc., das die chinesische Presse so wohlwollend aufnimmt, ist doch nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, um die e i g e n e n gesteigerten Kriegsrüstungen zu rechtfertigen. Die ersten, die diese gesteigerten expansiven und aggressiven Bestrebungen der westeuropäischen Imperialisten zu spüren bekommen, sind übrigens nicht einmal die „zwei Supermächte“, sondern die Völker der „Dritten Welt“ (z.Zt. vor allem der arabischen Länder) und die werktätigen Massen Westeuropas selbst.

Die „KVZ“ des KBW schreibt mit größter Selbstverständlichkeit:

„In ihrer Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten gehen die chinesischen Kommunisten von der Einschätzung aus, daß Europa gegenwärtig den strategischen Schwerpunkt im Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft darstellt. Dabei halten sie es für richtig, alle Strömungen in der westeuropäischen Politik zu ermutigen, die sich diesem Hegemoniebestreben entgegenstellen.“ (131) Dies sei **„nichts anderes als eine korrekte Anwendung der Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die besondere Situation in Westeuropa.“**

Eine erstaunliche These! Man braucht nur die „Peking Rundschau“ z.B. aufzuschlagen, um zu sehen, wer da „ermutigt“ wird: Schröder, Strauß, Pompidou, Heath – reaktionäre imperialistische Politiker. Und die Politik, zu der sie „ermutigt“ werden, ist selbstverständlich imperialistische, aggressive und expansive Politik – maskiert mit verlogenen Phrasen über nationale Unabhängigkeit, Kampf gegen Hegemoniebestrebungen, „Gefahr aus dem Osten“, „europäische Solidarität“ etc. blah blah ... Imperialisten zu „ermutigen“, das heißt eben stets, imperialistische Politik zu ermutigen.

Die „KVZ“ übertreibt das Toleranzmaß an zuzubilligender Naivität, wenn sie fortfährt, daß *„die chinesischen Genossen keinen imperialistischen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder* (unterstützen), *sondern sie unterstützen einen Zusammenschluß nur, insofern er gegen das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte gerichtet ist ...“* (131)

Diese haarsträubende „Logik“ eines Berufsopportunisten ist sehr ausbaufähig. Etwa so: wir unterstützen die NPD nicht als faschistische Partei, sondern nur, insofern sie gegen die bürgerlichen Parteien SPD und CDU gerichtet ist. (Wir fassen dies als Übertreibung, und nicht etwa als Anregung an die Adresse des KBW auf!!)

Die EG i s t eben ein imperialistischer Zusammenschluß zu imperialistischen Zwecken, und es ist unsinnig, davon zu abstrahieren – d.h. die EG „als solche“ von ihrem imperialistischen Klassencharakter zu lösen. Im übrigen waren die Imperialisten noch nie darum verlegen, ihre e i g e n e n imperialistischen Ziele als Kampf gegen die Vorherrschaft a n d e r e r imperialistischer Mächte propagandistisch vor den Massen zu vertreten – Beispiele: das deutsche Kaiserreich
Beispiele: das deutsche Kaiserreich
und der deutsche Faschismus.

„Da draußen steht einer!“

Der alte unheilvolle Größenwahnsinn des deutschen Imperialismus in der Maske der „europäischen Unabhängigkeit“ („Bild“, 22.1.72)

Aufgabe der westdeutschen Kommunisten muß es sein, dem ganzen Lügengeflecht von „nationaler Unabhängigkeit und Würde“, von „nationaler Verteidigung gegen die Drohung aus dem Osten“, von „europäischer Solidarität“ etc. entgegenzutreten und den aggressiven, expansionistischen Hintergrund aufzuzeigen. In diesem Sinn müssen wir uns auch von der Beschönigung und Verharmlosung des westeuropäischen Imperialismus durch chinesische Politiker abgrenzen.

Steine aus dem Glashaus – revisionistische Hetze gegen die VR China

Die revisionistischen Parteien, „mit der KPdSU an der Spitze“, ergießen eine Flut von Beschimpfungen über die VR China, die weitgehend so blöd und inhaltsleer sind, daß es sich nicht lohnt, sie in Einzelheiten wiederzugeben. Freilich wäre es seltsam, wenn die Revisionisten sich nicht auch t a t s ä c h l i c h e Unklarheiten und Fehler der chinesischen Außenpolitik zu demagogischen Zwecken zunutze machen würden.

Nicht zuletzt haben die revisionistischen Angriffe gegen das sozialistische China den Charakter von Kriegshetze. Dies ergibt sich klar aus dem politischen Verständnis des Revisionismus. Ebenso wie der Überfall auf die CSSR 1968 als „brüderliche Hilfe“ und „Rettung des Sozialismus“ deklariert wurden, würden die Revisionisten im Prinzip auch einen Überfall auf die VR China „rechtfertigen“ können – zumal die jetzt schon gegen China erhobenen revisionistischen Vorwürfe weit schwerer sind als 1968 gegen Dubcek & Co. in der CSSR.
(Vgl. dazu den 1. Teil dieses Artikels in AK 34)

Unmittelbar zielen die revisionistischen Angriffe darauf, die KPCh zu diskreditieren (und damit auch z.B. deren Revisionismus-Kritik und die marxistisch-leninistischen Organisationen), und darauf, von der Außenpolitik der revisionistischen Staaten selbst abzulenken.

An einem noch aktuellen Beispiel wird das besonders deutlich, nämlich an der revisionistischen Polemik gegen das diplomatische Verhalten der VR China gegenüber der faschistischen Junta Chiles. Die Revisionisten verspritzen kübelweise Gift und Galle, weil China die diplomatischen Beziehungen zur Junta aufrechterhält, während die Revisionisten sich damit rühmen, daß die Sowjetunion und andere revisionistische Staaten die Beziehungen zur Junta „unterbrochen“ haben.

Kein Revisionist aber regte sich auf, keine kritische Anmerkung erschien in „UZ“ und ähnlichen Zeitungen, daß die sowjetische Regierung seit Jahren ihre Beziehungen zur faschistischen Junta in Kambodscha aufrechterhalten hat. Sind etwa die kambodschanischen Faschisten „besser“ als die chilenischen Faschisten? Und dabei gab und gibt es in Kambodscha – anders als in Chile – immer ausgedehntere befreite Gebiete und eine Regierung dieser Gebiete!

Ein anderes Beispiel: Pakistan. Hier malten die Revisionisten die Haltung Chinas in den schwärzesten Farben, während die sowjetische Regierung als Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Himmel gehoben wurde und sogar die indische Bourgeoisie einen Heiligenschein übergestülpt bekam.

Verschwiegen wird, wie die indische Bourgeoisie (mit Unterstützung der Sowjetunion) seit vielen Jahren das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Kaschmir mißachtet (132) und viele andere nationale Minderheiten unterdrückt.

Die Sowjetrevisionisten unterstützten den Völkermord der nigerianischen Zentralregierung in Biafra, sie rüsteten und rüsten die irakische Bourgeoisie zur Unterdrückung des kurdischen Volkes aus. Als Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Ankläger der chinesischen Politik sind die Revisionisten wirklich nicht sehr glaubwürdig!

Und wenn die Unterstützung der „Europäischen Gemeinschaft“ durch die chinesische Außenpolitik von den Revisionisten demagogisch angegriffen wird – wer waren denn die ersten, die imperialistische Politiker als „ver-
die imperialistische Politiker als „ver-
nünftig“ und „maßvoll“ anpriesen, die die „realistische Fraktion“ des Imperialismus erfanden, die mit dem französischen Imperialismus flirteten? Die Führer der KPdSU!

Wenn die Sowjetregierung so etwas macht, ist es angeblich „sozialistische Außenpolitik entsprechend den leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, im Falle Chinas aber „Verrat“ und „Schützenhilfe für den Imperialismus“.

Die pharisäerhafte, verlogene Polemik der Revisionisten gegen die VR China soll davon ablenken, daß der Sowjetrevisionismus nicht nur dem Imperialismus zahlreiche Zugeständnisse gemacht hat, sondern selbst in seiner Außenpolitik imperialistische Züge hat. Dieses Manöver gelingt natürlich d a n n verhältnismäßig gut, wenn die revisionistische Polemik sich in einzelnen Fragen auf Unklarheiten und Schwächen der chinesischen Außenpolitik stützen kann.

Trotzkistische Schützenhilfe für den Revisionismus

Die Trotzkisten haben seit eh und je geleugnet, daß die Volksrepublik China ein sozialistisches Land ist, wie sie überhaupt stets die Existenz sozialistischer Länder abgestritten haben.

So wie Trotzki in den 20er und 30er Jahren den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion für unmöglich erklärte, so leugnen die Trotzkisten diese Möglichkeit auch für China: da das Proletariat in China zahlenmäßig sehr schwach und „politisch nicht vorhanden“ war, war der Sieg der KP Chinas, die sich vor allem auf die Massen der Kleinbauern und Landproletarier stützte, vom Standpunkt des Trotzkismus aus sowieso ein schwerer Fehler, der natürlich „nicht ohne Verzerrungen und schwere Deformationen für die Politik der KP blieb“ (133).

Unklarheiten und Fehler der chinesischen Außenpolitik in einzelnen Fragen bieten den Trotzkisten natürliche Angriffsflächen. Der Zweck aber ist stets, den sozialistischen Charakter der VR China zu leugnen.

Die demagogischen Angriffe der Trotzkisten gegen die chinesische Außenpolitik sollen bestreiten, daß zwischen der Außenpolitik Chinas und der Sowjetunion wesentliche U n t e r s c h i e d e bestehen. Die Trotzkisten behaupten, daß sich die chinesische Außenpolitik **„in keinem wesentlichen Punkt von der vielgeschmähten ‚friedlichen Koexistenspolitik‘ der UdSSR unterscheidet.“** (134)

Die Konsequenz aus dieser These ist objektiv eine A u f w e r t u n g des Sowjetrevisionismus. Diese Konsequenz wird gelegentlich auch ausdrücklich vollzogen. So etwa in der Pakistan-Frage wo die Trotzkisten nicht nur darauf verzichteten, die imperialistische Politik Indiens und der Sowjetunion in diesem Zusammenhang zu entlarven, sondern im Gegenteil die Rolle des Sowjetrevisionismus und der indischen Bourgeoisie noch verherrlichten. (135)

Wenn die Trotzkisten behaupten, die sowjetische Außenpolitik unterscheide sich nicht wesentlich von der Chinas, so ist zu fragen: hat China die CSSR überfallen? Bedroht China militärisch die Sowjetunion? Es muß ja wohl so sein, da die Trotzkisten zwischen der Politik des Sowjetrevisionismus und der Politik der VR China keinen wesentlichen Unterschied entdekken können? !

Weiter ist es wohl doch ein Unterschied, daß China für die Rechte der Länder auf ihre Territorial-Gewässer eintritt, während die Sowjetunion an der A u s p l ü n d e r u n g dieser Gewässer teilnimmt. Und dies gilt für eine Reihe weiterer Fragen, wo es vor allem darum geht, die Länder der Dritten Welt vor imperialistischer Ausplünderung zu schützen.

Die Trotzkisten leugnen praktisch, daß der Sowjetrevisionismus eine nach Hegemonie strebende Außenpolitik betreibt, China jedoch nicht. Mit der Leugnung dieses wesentlichen Unterschieds leisten die Trotzkisten wieder einmal Schützenhilfe für den Revisionismus.

Zu einigen Irrtümern des KBW

Im ersten Abschnitt dieses Teils sind wir schon auf einen Aspekt der Haltung des KBW zur chinesischen Außenpolitik, speziell gegenüber Westeuropa, eingegangen.

Am klarsten zusammengefaßt sind die entsprechenden Fehlpositionen des KBW in dem Artikel von J.S., „Der Aufruhr in der Welt verstärkt sich“, in der „KVZ“ vom 24.10.73. Hier zunächst ein längeres Zitat daraus:

„Es ist so: Je mehr die beiden Supermächte in ihren Hegemoniebestrebungen miteinander zusammenarbeiten und rivalisieren, wobei die Rivalität absolut und die Zusammenarbeit relativ ist, desto mehr zwingen sie die anderen Staaten, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten herzustellen bzw. zu verteidigen. Das gilt selbst für die imperialistischen Staaten Europas, die sich aus der Abhängigkeit des US-Imperialismus lösen und eine selbständige imperialistische Politik betreiben wollen. Auch diese Entwicklung schwächt den Imperialismus insgesamt und widerspricht den Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte. Insofern ist diese Entwicklung nicht schlecht, sondern gut. Auch sie kann von den Völkern der Welt und von der Arbeiterklasse des jeweiligen imperialistischen Landes ausgenutzt werden, weil sie den Feind differenziert und nicht das Proletariat jedes einzelnen Landes sofort in die Konfrontation mit dem ganzen impe-



Kohl in China — „Weitgehende Übereinstimmung"?

NACHDRUCK aus ARBEITERKAMPF 51/Oktober 1974

Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte im September auf Einladung der chinesischen Regierung die Volksrepublik und hatte dort während eines zwölftägigen Aufenthalts Gelegenheit, mit führenden Vertretern der chinesischen Partei- und Staatsführung Gespräche zu führen.

Kohl hatte vor seiner Abreise in die Volksrepublik China gegenüber bürgerlichen Journalisten die Ziele seiner Reise so umrissen:

– *„eigene Informationen über die ‚asiatische Vormacht China' vor Ort einzuholen und*
– *dort auch die eigenen Meinungen von Politik vorzutragen"* („FAZ", 3.9.74).

Diese artigen diplomatischen Floskeln reichten den versammelten Presseleuten nicht. Sie wollten wissen, *„ob er eine deutsche oder europäische Ostpolitik mit Hilfe eines ‚Pekinger Hebels' machen wolle"'* („FAZ", 3.9.74).

Der CDU-Führer verneinte diese sehr direkte Frage – aber er fügte hinzu, daß man (sprich: der westdeutsche Imperialismus) mit den RGW-Ländern am besten zurechtkäme, *„wenn wir ohne Überschätzung unserer Möglichkeiten unsere Interessen in allen Teilen der Welt unbeirrt weiterpflegen"* („FAZ", 3.9.74).

Er (Kohl) sei jedoch voll Zuversicht, wie er gegenüber einem Reporter vom ZDF äußerte, daß es in zentralen Fragen deutscher und europäischer Politik weitgehende Übereinstimmung mit seinen chinesischen Gastgebern geben werde.

Wenn man Kohl glauben darf, wurden seine Erwartungen nicht enttäuscht: Nach seiner Rückkehr äusserte Kohl sich *„sehr zufrieden"*; es gebe *„eine Fülle von Gemeinsamkeiten"* („FR", 16.9.74).

Wie Kohl zu berichten wußte, haben die chinesischen Politiker:

– *„den Eindruck, daß nach dem Amtsantritt ihres neuen Bundeskanzlers die gesamte Lage in der Bundesrepublik allgemein gut ist"* (so Vizeaußenminister Tschiao Kuan-hua);

– ein *„klares Bekenntnis zu der ‚einen und einzigen deutschen Nation' abgelegt"* („FAZ", 7.9.74);

– der BRD *„zu einem ‚langen Atem' in der Deutschlandfrage geraten, da in der Sache der nationalen Identität noch nichts verloren sei"* („FAZ" 7.9.74);

– *„unter ehrenvollen Hinweisen auf Konrad Adenauer"* (!!) empfohlen, *„die Sowjetunion nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu überschätzen und, wie Adenauer, eine klare realistische Linie zu verfolgen"*;

– sich für eine Stärkung der NATO ausgesprochen. Dazu Kohl wörtlich in einem Interview mit der „Welt" vom 19.9.: *„Was die NATO betrifft, so ist in Peking großes Verständnis für die amtliche deutsche Politik festzustellen, die die CDU/CSU nachdrücklich unterstützt. Es ist von großer Bedeutung, daß die Regierung der VR China die NATO für eine Grundvoraussetzung vernünftiger Politik (? ?) hält".*

Die Linke muß sich damit auseinandersetzen

Wie zu erwarten, war Kohls China-Reise nicht nur für CDU, Springerpresse etc., sondern auch für die DKP und ihre Zeitung „UZ" ein gefundenes Fressen.

Das Präsidium der DKP gar, also deren oberstes Führungsgremium, entblödete sich nicht, eine Erklärung unter dem Titel *„Komplott CDU/CSU und maoistische Führung"* abzugeben, in der es u.a. hieß, China wolle *„die Entspannung blockieren"* und *„die Welt zurück in die Zeiten des kalten Krieges zerren"* („UZ", 18.9.). Die chinesischen Politiker hätten sich gar *„für die Verstärkung des Wettrüstens ausgesprochen"* (ebenda). Als ob es nicht gerade die USA und die Sowjetunion wären, die getarnt hinter einer verlogenen ‚Entspannung' fieberhaft das Wettrüsten mit „konventionellen" und nuklearen Vernichtungswaffen betreiben. Was allerdings diesen Punkt betrifft, so verzeichnet die DKP allen Ernstes mit Wohlwollen, daß *„die USA auch in Zukunft an der Entspannung der Weltlage mitwirken wollten"* („UZ", 10.8.74).

Die DKP steigt vollends auf die tiefsten Stufen politischer Provokation hinab, wenn sie der VR China die Ansicht zuschreibt, *„daß es zwei deutsche Staaten nicht gäbe"* („UZ". 10.9.74). Die Tatsachen, nämlich die Existenz diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten China und DDR, verweisen diese Behauptung der DKP ins Reich der Phantasie. Hier wird mit plumpen L ü g e n gezielt versucht, die VR China zu diskreditieren, die wegen ihrer revolutionären Innenpolitik (allerdings kaum wegen ihrer momentanen Außenpolitik Richtung Westeuropa und USA!!) auf viele fortschrittliche Menschen eine große Anziehungskraft ausübt. Zum anderen sieht die DKP hier eine günstige Gelegenheit, den verhaßten westdeutschen „Maoisten", denen sie an politischen Argumenten nichts entgegenzusetzen hat, auf dem Umweg über die chinesische Außenpolitik eins auszuwischen.

Dies sollte für die revolutionäre Linke allerdings kein Hindernis, sondern ein weiterer Grund sein, sich mit dieser Außenpolitik ernsthaft auseinanderzusetzen, statt sich weitgehend – wie bisher noch – auf die Taktik des Sich-dumm-Stellens zu verlegen.

Ein anschauliches Beispiel für diese Taktik bietet – natürlich! – wieder die „KVZ" des KBW. Die schreibt nämlich in ihrer Ausgabe vom 2.10., es gebe nun mal Staaten, die *„durch Leute wie Kohl vertreten"* werden. China müsse dann eben *„sich mit solchen Leuten unterhalten"*. Dabei weiß doch wohl jedes Kind, daß der westdeutsche Bundeskanzler nicht etwa Kohl, sondern Schmidt heißt: Kohl vertritt nicht die BRD, sondern die Oppositionspartei CDU. Die „KVZ" schreibt zwar: *„Will sie* (die VR China – Anm. AK) *mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalten, dann muß sie sich, wie die Dinge heute liegen, an die Regierung und die Opposition halten".* Was allerdings diplomatische Beziehungen mit der Opposition im Allgemeinen und mit Kohl im Besonderen zu tun haben, mag der Teufel wissen ...

Weiter ist es eine Tatsache, daß zwar sich alle möglichen reaktionären Oppositionspolitiker aus imperialistischen Ländern in Peking die Türklinken in die Hand geben, während auf der anderen Seite z.B. Politiker der revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens, ein revisionistischer Gewerkschaftsführer aus Großbritannien u.a. an der Reise nach China gehindert wurden, obwohl diese Leute (was immer man über ihre objektive Rolle denken mag) ganz sicher das Vertrauen von großen Teilen der Arbeiterklasse haben, was man von Kohl etc. wohl nicht so ohne weiteres sagen kann.

W e n n ein sozialistischer Staat die reaktionären Oppositionspolitiker imperialistischer Staaten einlädt – was u.E. im Sinn der Politik der „friedlichen Koexistenz" gar nicht erforderlich ist! – so bleibt immer noch die Frage, w a s und w i e man mit ihnen bespricht.

Solange diese Besuche nicht von Seiten des sozialistischen Staates von klaren politischen Stellungnahmen begleitet werden, solange es bei zweideutigen Formeln und gar beim Anschein der Kumpanei bleibt, solange eventuelle Lügen und Entstellungen der bürgerlichen Politiker nach ihrer Rückkehr über den Inhalt ihrer Gespräche nicht entlarvt werden, werden die imperialistischen Politiker erhebliche Verwirrung stiften und die VR China geradezu als Verbündeten ihrer aggressiven imperialistischen Ziele hinstellen können.

Die „KVZ" nimmt z.B. zu Behauptungen Kohls über die Haltung der chinesischen Seite zur „Deutschlandfrage" Stellung und schreibt dazu, *„daß Kohl entweder ein verwirrter Mensch ist oder daß er bewußt Verwirrung stiften will".* Letzteres ist sicher richtig. Nur würden wir diese Feststellungen gern einmal nicht bloß vom KBW, sondern auch von der VR China hören!

Es ist fast regelmäßig so, daß die

Forts. VR China

rialistischen System treibt. Vielmehr können die Völker der Welt und das internationale Proletariat ihre Feinde zunächst getrennt angreifen und schlagen.

Für das westdeutsche Proletariat bedeutet dies keineswegs, daß es sich mit der westdeutschen Bourgeoisie gegen die USA oder den Sozialimperialismus verbünden und die Herstellung der EG unterstützen könnte. Es bedeutet einfach, daß der Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie in dem Maße erleichtert wird, wie sich die Feinde auf der Seite des Imperialismus und der internationalen Konterrevolution differenzieren und das westdeutsche Proletariat sich im wesentlichen zunächst seiner eigenen Bourgeoisie entgegenstellen kann, um diese zu schlagen, bevor es sofort die ganze internationale Konterrevolution auf dem Hals hat." (136)

J.S. behauptet also zunächst, die westeuropäischen Imperialisten seien durch die „Supermächte" gezwungen, sich zusammenzuschließen, um ihre staatliche Unabhängigkeit zu verteidigen. Noch deutlicher wird dies in einem anderen Artikel der „KVZ": **„Das Komplott der Supermächte zwingt die europäischen Staaten, sich zusammenzuschließen."** (137)

Dies heißt, die imperialistische Propaganda gläubig nachzuplappern. Es ist leicht zu sehen, daß es sich bei der „Einigung Europas" um einen historischen Prozeß handelt, der sich nach dem 2. imperialistischen Krieg praktisch entwickelte, und dessen Stoßrichtung nicht „gegen die Supermächte" ging (die Sowjetunion war damals noch ein sozialistisches Land!!), sondern gegen die Sowjetunion und die neuentstandenen sozialistischen Staaten, gegen die Völker der „Dritten Welt" und gegen die werktätigen Massen Westeuropas selbst. Dies war der Grund für die imperialistischen Zusammenschlüsse wie EWG und NATO.

Die Imperialisten Westeuropas rüsten zu einem neuen Umverteilungskampf, zu einem neuen Eindringen in die Länder der „Dritten Welt" – und dies ist grundsätzlich verschieden, von dem gerechten Unabhängigkeitskampf unterdrückter Völker.

Die Kommunisten müssen deshalb das ganze imperialistische Gerede von einem „unabhängigen Europa", von den „Habenichtsen, die sich zusammenschließen müssen" etc. entlarven, statt aus eigenem Unverstand oder aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der VR China die imperialistischen Schnacks nachzubeten.

Weiter: J.S. behauptet, daß diese Entwicklung, d.h. hier speziell die „Unabhängigkeitsbestrebungen" der westeuropäischen Imperialisten, den Imperialismus insgesamt schwächt. Auch dies ist so nicht richtig.

Wenn die westeuropäischen Imperialisten eine mehr „selbständige" Politik treiben wollen, so erfordert dies verstärkte Anstrengungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft und Politik, die aus den werktätigen Massen herausgepreßt werden. Soweit dies gelingt, s t ä r k t es objektiv den Imperialismus i n s g e s a m t. Dies wird besonders deutlich in der Frage der militärischen Rüstung, die unter Vorwänden wie „Gefahr aus dem Osten", „mehr Unabhängigkeit von unserem amerikanischen Verbündeten" u.ä. vorangetrieben wird, und wodurch das militärische Potential der NATO insgesamt natürlich nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Dies ist dem US-Imperialismus nicht einmal besonders unangenehm.

Verstärkt werden unter dem Vorwand der „Unabhängigkeit Europas" etc. auch der Kapitalexport, der kapitalistische Konzentrationsprozeß, Bemühungen um neue, „unabhängige" Energie-Quellen u.a.

Schließlich erlaubt eine stärkere „Selbständigkeit" der westeuropäischen Imperialisten den Imperialismus i n s g e s a m t eine gesteigerte und verfeinerte Arbeitsteilung beim Eindringen in die Länder der „Dritten Welt" – d.h. die westeuropäischen Imperialisten könnten Aufgaben wahrnehmen, die den US-Imperialisten versperrt sind, z.B. die Politik des französischen Imperialismus gegenüber Libyen und anderen arabischen Staaten.

Die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche und das Auftreten bzw. die Entwicklung einer neuen imperialistischen „Supermacht" – die EG – „zwingt" zunächst einmal a l l e Imperialisten dazu, ihre Anstrengungen zu verstärken, und in diesem Maß wird auch der Imperialismus insgesamt gestärkt. G e s c h w ä c h t jedoch wird der Imperialismus in dem Maß, wie die verschärfte Auspressung der werktätigen Massen nicht mehr durch ökonomische Vorteile und ideologische Bemühungen („europäische Solidarität" gegen die „Erpressung" der Rohstoffgebiete der „Dritten Welt" und gegen die „Supermächte") den Massen schmackhaft gemacht werden kann, sondern Widerstand hervorruft.

Diese Entwicklung ist also nur in d e m Sinne „gut", wie der Imperialismus überhaupt „gut" ist, weil er die unmittelbare Vorstufe des Sozialismus ist.

J.S. behauptet, diese Entwicklung erleichtere den werktätigen Massen der imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern ihren Kampf, „weil sie den Feind differenziert und nicht das Proletariat jedes einzelnen Landes sofort in die Konfrontation mit dem ganzen imperialistischen System treibt."

Um das größte Stück vom Kuchen

An anderer Stelle desselben Artikels behauptet J.S., daß „das westdeutsche Proletariat sich im wesentlichen zunächst seiner eigenen Bourgeoisie entgegenstellen kann, um diese zu schlagen, bevor es sofort die ganze internationale Konterrevolution auf den Hals hat."

Ein naiver Traum. Die Widersprüche unter den Imperialisten haben diese kaum je gehindert, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zusammenzustehen. So war es 1871 bei der Niederschlagung der Pariser Comune, so war es beim Versuch der Imperialisten, die junge Sowjetmacht zu zerschlagen.

Was speziell die BRD angeht, so sind hier vor allem starke militärische Verbände des US-Imperialismus stationiert. Bei allem „Selbständigkeits"-Streben des westdeutschen Imperialismus gibt es doch keinen imperialistischen Politiker in der BRD, der für den A b z u g dieser Truppen eintreten würde. Die militärische „Präsenz" des US-Imperialismus in der BRD dürfte von den westdeutschen Imperialisten wohl erst d a n n in Frage gestellt werden, wenn sie selbst (und die anderen westeuropäischen Imperialisten) den eigenen militärischen Apparat entsprechend aufgebaut haben. Selbst w e n n es einmal zum Abzug der US-Truppen aus der BRD kommen sollte (was momentan noch gar nicht zur Diskussion steht), könnten diese Truppen im „Ernstfall" gegen eine revolutionäre Bewegung sehr rasch wieder zur Verfügung gestellt werden („Luftbrücke").

Im Übrigen, was J. S. offenbar auch übersehen hat, macht der Prozeß der „europäischen Einigung" (der von dem „Selbständigkeits"-Streben der westeuropäischen Imperialisten nicht zu trennen ist) es völlig unwahrscheinlich, daß in einem Krieg zwischen Revolution und Konterrevolution das Proletariat eines westeuropäischen Landes nur seiner eigenen Bourgeoisie gegenüberstehen würde – die Konterrevolution nimmt „gesamteuropäischen" Charakter an.

Die Haltung des KBW gegenüber dem Streben der westeuropäischen Imperialisten nach mehr „Selbständigkeit" und „Unabhängigkeit" ist durchaus zwiespältig. Zwar ruft der KBW auf zum Kampf gegen die Konkreten A u s w i r k u n g e n dieser Politik („Gegen die Notstandsmaßnahmen" etc.), aber immer wieder tut der KBW trotzdem so, als ob die Politik der westeuropäischen Imperialisten irgendetwas mit einem angeblichen Unabhängigkeitskampf „gegen die Supermächte" zu tun hätte. J. S. z.B. spricht von der „Unterstützung dieser Länder (durch China – Anm. AK-Red.) bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegen die beiden Su-

---

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vetriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentliche Bürostunde: mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen:
KAG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hildesheim:
Postlagerkarte A 019 075

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

und weitere Vertriebsgruppen

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich
Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

reaktionären Politiker bei ihrer Rückkehr aus China schauerliche Dinge zu erzählen wissen über die Positionen ihrer Gesprächspartner. Dollstes Beispiel ist dafür wohl der Senator Jackson, der im Juli dieses Jahres von Peking aus gleich nach Jerusalem flog, um dort zu verkünden, *„Peking sei an einer standhaften Haltung Israels im Nahen Osten interessiert, weil in dieser Region ein Bollwerk gegen die Sowjetunion notwendig sei"* („Hamburger Abendblatt" 27.7.).

W e n n das Lügen sind, warum hat sich die chinesische Regierung – die sogar gegen die Aufführung chinafeindlicher Filme in imperialistischen Ländern protestiert – noch nie zu diesen Behauptungen entschieden Stellung genommen? Ist der chinesischen Regierung unklar, welche Wirkungen diese Politik erzielt?

Ist es der chinesischen Regierung gleichgültig wenn imperialistische Politiker, die als Gast in China gewesen sind, nachträglich Lügen über ihren Aufenthalt verbreiten?

Die „KVZ" findet es, abgesehen von der „Verwirrung" Kohls, ganz richtig, daß sich die chinesischen Außenpolitiker mit Kohl auf die **„eine deutsche Nation"** (Trinkspruch von Vizeaußenminister Tschiao Kuan-hua) zuprosteten. Denn für die Einheit der Nation sei der KBW ja schließlich auch ...

Abgesehen von der speziellen Unsinnigkeit dieser Position (vergl. dazu AK 43, Seite 20) sollte doch wohl klar sein, was es bedeutet, in dieser Frage nicht etwa mit einem Kommunisten, sondern mit einem Vertreter der CDU/CSU, die die „deutsche Wiedervereinigung" als Eroberung der DDR auf ihre Fahnen geschrieben hat, „Gemeinsamkeiten" zu haben bzw. vorzutäuschen. Zumal wenn man – wie von Kohl behauptet und von chinesischer Seite anscheinend nicht dementiert – ausgerechnet den Erz-Antikommunisten Adenauer als Kronzeugen einer „Durchhaltepolitik" gegen die Sowjetunion beschwört.

Es erscheint auch kaum noch vernünftig, solche Behauptungen bürgerlicher Politiker über ihre Gespräche in der VR China nur als Lügen anzusehen, denen die chinesische Regierung vielleicht aus Gleichgültigkeit nicht widerspricht. Man erinnere sich etwa daran, daß chinesische Außenpolitiker beim britischen Oppositionsführer Heath bei seinem Besuch in Peking im Mai dieses Jahres sagten: *„Herr Heath tritt für die Einheit der westeuropäischen Länder ein, für die Stärkung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Er hat Großbritannien geführt, nach Europa zurückzukehren* (das bezieht sich auf den Eintritt Großbritanniens in die EG – Anm. AK). *Dies war ein wichtiges Ereignis im Interesse der westeuropäischen Völker in ihrem Kampf gegen den Hegemonismus"* („Peking Rundschau", 22/74, Seite 4) – dies in einer Situation, wo sich in Großbritannien (und anderen Ländern) massenhafte Kämpfe der Werktätigen g e g e n die EG entwickelten und Heath' Rücktritt nicht zuletzt durch diese Kämpfe erzwungen worden war!

Die Linke darf sich u.E. demgegenüber nicht hinter faulen Ausreden verstecken oder gar in eine Politik der sozialchauvinistischen „Vaterlandsverteidigung" gegen die „Supermächte" verfallen, sondern muß eine solche Außenpolitik als gegen die Interessen der westeuropäischen Werktätigen gerichtet kritisieren. Das ist zugleich eine Unterstützung für alle fortschrittlichen politischen Kräfte in der VR China selbst. ●

Fortsetzung von Seite 1

„sogar Pläne für die Entsendung chinesischer Kriegsschiffe in das Arabische Meer ausgearbeitet worden". Donnerwetter auch, dieses groteske Märchen gefiel der „TASS" so gut, daß sie es alsbald noch einmal und noch etwas dicker auftischte: da wurde geklagt über die *„Aktivierung von Chinas militärischer Präsenz im Indischen Ozean, insbesondere im Persischen Golf. Verfügbaren Informationen zufolge, plane Peking die Entsendung von Kriegsschiffen in den Persischen Golf". „Pekings Pläne im Persischen Golf"* seien *„nur ein Glied in der langen Kette der chinesischen Kriegsvorbereitungen"* („TASS", 20.6.74).

Die Revisionisten sind auch ansonsten nicht gerade wählerisch bei ihrer antichinesischen Hetze: wirft man der VR China heute vor, sie würde *„subversive Aktivitäten"* in Asien betreiben („Prawda", 1.3.74), also dort revolutionäre Bewegungen unterstützen (z. B. in Indien und Burma, die als Beispiele angeführt werden), so kommt man morgen mit dem Vorwurf, *„daß die maoistische Führung aufgehört hat, die nationale Befreiungsbewegung in asiatischen Ländern zu unterstützen"* (Radio DDR II, 7.3.74), was zudem eine ganz freche Lüge ist.

Während sich i n d e r Tat die Flotten der Sowjetunion und der USA u. a. im Mittelmeer und im Indischen Ozean breit machen, soll offenbar von dieser Tatsache abgelenkt werden durch die groteske Konstruktion einer angeblichen „chinesischen Gefahr" im Mittelmeer (!!!) und im Persischen Golf (!!!). Während i n d e r T a t vor allem die USA und die Scwjetunion ungeheure Mengen von Vernichtungswaffen angehäuft haben, die sie quantitativ und qualitativ fieberhaft weiterentwickeln, soll ausgerechnet die VR China, die nur über ganz wenige Atomwaffen zur Selbstverteidigung verfügt, den Völkern der Welt als die eigentliche Kriegsgefahr und als wichtigster Gegner von „Abrüstung" und „Entspannung" präsentiert werden.

Das ist ein sehr plumpes Manöver, das auf seine Urheber zurückfällt.

Seit Anfang der 60er Jahre haben USA und Sowjetunion ein „Abrüstungsabkommen" nach dem anderen abgeschlossen, um der Welt ihre angebliche Friedfertigkeit zu demonstrieren. Tatsächlich zeichnen sich diese „Abkommen zur Rüstungsbeschränkung" durch zwei Merkmale aus: 1. Sie sollen den erreichten Rüstungsvorsprung der USA und der Sowjetunion absichern; z. B. durch das „Teststopabkommen", nachdem USA und Sowjetunion ihre entsprechenden Tests abgeschlossen hatten, was dann erlaubte, die VR China, die aufgrund ihres Rückstands weitere überirdische Atomtests machen mußte, als „entspannungsfeindlich" etc. zu diffamieren – obwohl die chinesi-
schen Tests nur einen Bruchteil der
te, als „entspannungsfeindlich" etc. zu diffamieren – obwohl die chinesi-
schen Tests nur einen Bruchteil der früher von den USA und der Sowjetunion durchgeführten Tests ausmachen!; 2. Sie sollen nach außen „Rüstungsbeschränkung" vortäuschen, in Wirklichkeit aber alle Tore für die weitere Aufrüstung von USA und Sowjetunion offenlassen. So hat z.B. seit Beginn der angeblichen „Rüstungsbeschränkung" Anfang der 60er Jahre sich die Zahl der atomaren Interkontinentalraketen der USA und der Sowjetunion mehr als verzehnfacht!

Gerade die Entwicklung dieser Raketen ist ein anschauliches Beispiel für das forcierte Wettrüsten unter dem Deckmantel der „Rüstungsbeschränkungen".

So sieht das zwischen Breschnew und Ford im letzten Herbst in Wladiwostok mit vielen Friedens- und Entspannungsbeteuerungen vereinbarte Abkommen zur „Beschränkung" der strategischen Atomwaffen vor: „Beschränkung" der A n z a h l der strategischen Atomwaffen auf jeweils 2.400 – eine Zahl, die beide Staaten noch gar nicht erreicht haben. Der e i g e n t l i c h e „Clou" des Abkommens ist aber, daß beide Staaten von diesen 2.400 Interkontinentalraketen jeweils 1.320 mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet werden können, die auf unterschiedliche Ziele abgeschossen werden können. Das Abkommen sagt n i c h t s über die erlaubte Anzahl von Mehrfachsprengköpfen und die erlaubte Gesamtsprengkraft der Raketen – läßt also von vornherein die Möglichkeit offen, das tatsächliche Vernichtungspotential noch enorm zu steigern. Da angeblich jetzt schon Interkontinentalraketen mit bis zu acht Sprengköpfen entwickelt werden, eröffnet sich bereits die Möglichkeit, die Vernichtungswaffen zu vervierfachen, zu verfünffachen. Das soll dann den Völkern der Welt als angebliche „Rüstungsbeschränkung" verkauft werden. Ganz abgesehen davon, daß sich USA und Sowjetunion in allen Verträgen die Möglichkeit offen halten, ihre Waffen zu „modernisieren" – durch Erhöhung ihrer Treffsicherheit, Verstärkung ihrer Sprengkraft, besserem Schutz vor gegnerischen Schlägen u.a.m.!

Die „Entspannungsbemühungen" der USA und der Sowjetunion zielen darauf ab, anstelle w i r k l i c h e r Abrüstung (wie sie von der VR China seit vielen Jahren gefordert wird!) „Abrüstungsbeschränkungen" v o r z u t ä u s c h e n und das Wettrüsten weiterzutreiben. Daß ein sozialistisches Land im Entwicklungsstadium der Industrialisierung, wie es die VR China ist, über-
haupt kein Interesse daran hat aus-
sozialistisches Land im Entwicklungsstadium der Industrialisierung, wie es die VR China ist, über-
haupt kein Interesse daran hat, ausgerechnet auf dem Gebiet der kostspieligen Atomrüstung mit USA und Sowjetunion ein „Wettrennen" zu veranstalten (ein Gebiet, auf dem der Vorsprung der USA und der Sowjetunion sehr groß ist), kann nur von den revisionistischen Demagogen bestritten werden, die offenbar ein grenzenloses Vertrauen in die Gutgläubigkeit ihrer Anhänger haben. Tatsache ist, daß die USA und die Sowjetunion sich weigern, auch nur den geringfügigsten w i r k l i c h e n Abrüstungsschritt zu tun.

Daß die Sowjetrevisionisten dieses Spiel voll mitmachen, daß sie das Wettrüsten USA–Sowjetunion als angebliche „Rüstungsbeschränkung" hinstellen, daß sie in einer Zeit zunehmender Spannungen und Kriegsdrohungen vom „zunehmenden Entspannungsprozeß" fabulieren, daß sie ausgerechnet die VR China als größten Gegner der „Abrüstung" und „Entspannung" hinstellen, kennzeichnet ihr eigenes Interesse an der Fortführung des Wettrüstens und der Aufrechterhaltung der Spannungen.

Die VR China ist völlig im Recht und spielt international eine p o s i t i v e Rolle, wenn sie gegen den Schwindel mit dem „zunehmenden Entspannungsprozeß" und den angeblichen „Rüstungsbeschränkungen" (als Tarnung des Wettrüstens) entschieden Stellung nimmt. Schließlich entstehen die Spannungen und Kriegsgefahren in der Welt nicht dadurch, daß China sie beim Namen nennt, sondern sie entstehen durch das Ringen der Imperialisten um die Neuverteilung der Welt. Ebenso wird das Wettrüsten nicht dadurch verursacht, daß China angebliche „Rüstungsbeschränkungen" als Maskierung des Wettrüstens entlarvt und sich für eine w i r k l i c h e Abrüstung einsetzt, die eben (wie der Name schon sagt!) n i c h t darin bestehen kann, i m m e r m e h r Vernichtungswaffen zu produzieren (wie es sich USA und Sowjetunion bewußt in allen ihren „Abrüstungs"-abkommen offengehalten haben!!), sondern im Abbau und in der Vernichtung von Waffen.

Die VR China diskreditiert jedoch ihre eigenen richtigen Bemühungen und raubt ihnen letzten Endes ihre positive Wirkung, wenn sie den Anschein von „Gemeinsamkeit" und „Übereinstimmung" mit Imperialisten wie Strauß & Co. erweckt, statt einen klaren Trennungsstrich zu ihnen zu ziehen. Denn diese Leute greifen ja den „Entspannungs"schwindel nicht etwa an, weil sie für internationale Entspan-
nung und wirkliche Abrüstung wä-
diese Leute greifen ja den „Entspannungs"schwindel nicht etwa an, weil sie für internationale Entspan-
nung und wirkliche Abrüstung wären, sondern weil sie im Gegenteil für eine verstärkte Teilnahme am Wettrüsten und am imperialistischen Ringen sind. Sie wenden sich nicht deshalb gegen die „Supermächte", weil sie für Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Völker eintreten, sondern weil sie selbst zur „Supermacht" werden wollen.

Wenn die chinesischen Außenpolitiker sich bei diesen Kräften anbiedern, ihnen Etiketten wie „wachsam" und „einsichtsvoll" umhängen, dann geht es ihnen letzten Endes ebenso wie einem Kommunisten, der in unserem Land die NPD als Gesinnungsgenossen gegen die SPD/FDP-Regierung ins Feld führen würde: er verliert seine politische Glaubwürdigkeit und verkehrt die angestrebte Wirkung seiner Politik ins Gegenteil.

permächte". (138) Dies ist im Grunde eine Verschleierung der Interessen der westeuropäischen Imperialisten.

Es wäre nur konsequent, wenn der KBW, gemäß den aktuellen Parolen der chinesischen Außenpolitik schließlich gleichfalls zur Schlußfolgerung käme, daß die „Verteidigungsanstrengungen" der NATO gesteigert werden müssen, daß der EG-Zusammenschluß eine „positive Tendenz" ist und daß die imperialistische Bourgeoisie Westeuropas eine Rolle im „Kampf gegen die Supermächte" spielen kann.

Vorerst begnügt man sich mit der Halbherzigkeit, zwar die chinesischen Einschätzungen der Weltlage in Bausch und Bogen für korrekt zu erklären (139), aber in vielen konkreten Fällen das Gegenteil zu t u n . ■

Anmerkungen:

Anmerkungen:

129.) Mao Tse-tung, Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen, 28. September 1939; in: Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 322 – vgl. zu diesem Thema auch Mao Tse-tung, Gespräch mit einem Korrespondenten der Zeitung Hsinhua Jibao über die neue internationale Lage, in: Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 303 ff.

130.) es heißt z.B. im programmatischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945: „... auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts."

131.) Die Politik der VR China gegenüber den Supermächten und den imperialistischen Ländern Europas, „KVZ" vom 10.10.73, S. 14

132.) Indien und Pakistan waren bis 1947 britische Kolonie. Als der britische Imperialismus sich 1947 zurückziehen mußte, wurde das Gebiet geteilt in die selbständigen Staaten Indien und Pakistan, und zwar nach dem Prinzip, mohamedanische Bevölkerung zu Pakistan zu geben, und die Hindu-Bevölkerung zu Indien. Die Bevölkerung Kaschmirs, nördlich von Indien, bestand zu 80% aus Mohamedanern und wünschte den Anschluß an Pakistan. Der Landesfürst war jedoch ein Hindu, der Kaschmir an Indien anschließen wollte. Indische Truppen überfielen Kaschmir und unterdrückten den Widerstand der Bevölkerung. Es kam zum ersten indisch-pakistanischen Krieg.

Auf Vorschlag der UNO wurde Kaschmir daraufhin p r o v i s o r i s c h geteilt, bis zum Stattfinden einer V o l k s a b s t i m m u n g über die Zukunft Kaschmirs. Dies war 1949.

Indien begann jedoch zügig, sich „seinen" Teil Kaschmirs endgültig einzuverleiben. 1957 wurde der von indischen Truppen besetzte Teil Kaschmirs zu einem Bestandteil Indiens erklärt, gegen den Protest der UNO.

Aufstände in Kaschmir wurden von der
der UNO.

Aufstände in Kaschmir wurden von der indischen Bourgeoisie 1953 und 1965 blutig unterdrückt.

133.) VR China: ‚Stalinismus in einem Land'; „Spartacus", Nr. 40/Juli 73 (Zeitschrift der gleichnamigen trotzkistischen Gruppe)

134.) wie 133

135.) „Was tun? ", Zeitung der trotzkistischen GIM, lobte in Nr. 1/70, S. 23 die „unnachgiebige Haltung" der Sowjetunion in der UNO, die „entschiedene materielle und moralische Unterstützung" Indiens durch die Sowjetunion und die „objektiv fortschrittliche Rolle" der Sowjotunion in dieser Sache (laut NRF 1/72, S. 17, Anmerkung unten).

136.) Der Aufruhr in der Welt verstärkt sich, Politischer Bericht des Sekretärs an das Zentrale Komitee vom 13. Oktober, in „KVZ" vom 24.10.73, S. 12

137.) Gegensätze in EWG und NATO, in „KVZ" vom 19.12.73, S. 3

138.) wie 131

Die neuen „Vaterlandsverteidiger" im super„linken" Gewand

Die Übernahme der chinesischen Theorie von den „Supermächten", gegen die sich die imperialistischen Staaten Westeuropas zusammenschließen und „verteidigen" müssen, führt letzten Endes zur sozialchauvinistischen Position der „Vaterlandsverteidigung", d. h. der Unterstützung des „eigenen" Imperialismus. Hierfür gibt es unter den westeuropäischen Super„linken" einige traurige Beispiele.

So z. B. die Tatsache, daß „kommunistische" Zeitungen gläubig die von der Bourgeoisie verbreiteten Phantasiezahlen über die angebliche Stärke der sowjetischen Truppen in Osteuropa nachbeten, obwohl sich doch wohl jeder sagen kann, daß die Imperialisten allen Grund haben, hier mit hingefälschten Zahlen zu operieren, die sie als Vorwand für ihre eigene verstärkte Aufrüstung brauchen.

So z. B. die Tatsache, daß „kommunistische" Zeitungen mit der reaktionärsten bürgerlichen Presse förmlich darin wetteifern, angebliche sowjetische Stützpunkte in aller Welt zu erfinden (in Syrien, in Somalia etc.), obwohl das von den betreffenden antiimperialistischen Regierungen immer wieder dementiert wurde. Das geht soweit, daß absurde Behauptungen aufgestellt werden, die Sowjetunion sei dabei, sich Portugal, Zypern usw. usf. unter den Nagel zu reißen – womit letzten Endes Zuarbeit zur ‚Rechtfertigung' der konterrevolutionären Umtriebe der NATO-Imperialisten geleistet wird, aus deren Küche diese absurden Behauptungen ja auch ihren Ursprung haben.

Das ganze groß aufgezogene Gezeter der Super„linken" über eine angeblich drohende Aggression des „Sozialimperialismus" gegen Westeuropa haut schon an sich voll in die Kerbe der imperialistischen Kriegspropaganda und Militarisierung. Dazu kommt, daß manche „Superlinken" es auch noch für geraten halten, offen für die verstärkte Aufrüstung des „eigenen" Imperialismus die Trommel zu rühren.

So schrieb die französische PCR (ml) – die ‚Schwesterpartei' der Gruppe „KPD"! – in ihrer Zeitung „front rouge" vom 27. 6. 74: *„In einer Weltsituation, die von der Hegemonie der zwei Supermächte charakterisiert ist, ist der Hauptaspekt der französischen Atombombe, daß sie eine Abschreckungswaffe gegen eventuelle Angriffe von ihrer Seite, und vor allem des Sozialimperialismus ist".*

Soviel super„linke" Verteidigungsbereitschaft wird noch übertroffen von der PCmlF – das ist die ‚Schwesterpartei' der „KPD/ML". Sie erhob gegen die westeuropäischen Imperialisten die „rrrrevolutionäre" Anklage: *„Sogar heute noch schränken sie ihre Militärbudges ein, aus Wahldemagogie, um jene Strömungen der öffentlichen Meinung zufriedenzustellen, die gleichzeitig unter dem Einfluß der Sozialdemokratie und unter dem der Propaganda über die illusionäre Entspannung stehen. Nehmen wir das Beispiel Dänemarks: Während die beiden Supermächte durch ihren gesteigerten Kampf um die Kontrolle der Region eine unsichere Situation schaffen, reduziert Dänemark in erheblichem Umfang sein Militärbudget, verringert die Zahl der Kriegsschiffe, schließt eine Basis und senkt die Dauer des Militärdienstes von zwölf auf neun Monate ... Spielt man hier nicht das Spiel der Supermächte und geht das in Wirklichkeit nicht gegen die Interessen des dänischen Volkes? "* („Humanité Rouge", 1.11.73).

Der „Peking Rundschau" 5/1975 ist zu entnehmen, daß ein Treffen von „ML"-Organisationen aus Dänemark, Finnland, von den Färoer-Inseln, von Island, aus Norwegen und Schweden stattgefunden hat. Die von diesen verfaßte und in der „PR" abgedruckte Erklärung spricht zwar in einem Satz von der *„wachsenden Bedrohung durch die zwei Supermächte, die USA und die Sowjetunion"*, erwähnt aber die NATO (der immerhin drei dieser Länder angehören!!!) mit k e i n e m Wort, sondern richtet sich praktisch ausschließlich gegen die Sowjetunion, der *„eine klare Aggressionsabsicht"* vorgeworfen wird, und von der es heißt, sie wolle *„die europäischen Völker dazu bringen, sich in einem falschen Gefühl von Sicherheit zu wiegen"* – also auch hier im Grunde Propaganda für die verstärkte Aufrüstung.

In der „Peking Rundschau" 2/1975 findet sich ein Aufruf der schon erwähnten PCmlF, wo es heißt: *„Die westeuropäischen Völker müssen ihre Einheit verstärken, um mit der Bedrohung durch die beiden Supermächte, insbesondere durch den sowjetischen Sozialimperialismus, fertig zu werden".* Die PCmlF *„ruft das französische Volk auf, seine Wachsamkeit gegenüber der Bedrohung des Friedens in Europa und der nationalen Unabhängigkeit der europäischen Länder zu erhöhen".*



Titelbild einer super„linken" Broschüre, herausgegeben von ehemaligen „KPD/ML"ern aus dem Raum Düsseldorf, in der zum Bündnis mit der Bourgeoisie beim „Kampf gegen die Supermächte" aufgerufen wurde. Das Bild zeigt ein antikommunistisches CDU-Plakat aus den 50er Jahren.

Daß es auch in der BRD an solchen offensichtlichen sozialchauvinistischen Positionen nicht fehlt, dafür gibt es schon einige Beispiele. So erschien vor einiger Zeit eine – allerdings vom linken Buchhandel offenbar richtigerweise boykottierte – Broschüre ehemaliger „KPD/ML"er mit dem Titel „Alle Wege des Opportunismus führen nach Moskau" – mit einem antikommunistischen Plakat der CDU aus den frühen 50er Jahren deutlich als Provokation gekennzeichnet. Es hieß da u.a.: *„Ohne militärische Stärkung Westeuropas ist ein wirksamer Zusammenschluß gegen die Supermächte unmöglich . . . Deshalb stellt sich heute gegen den revolutionären Strom, wer die Bildung und Erweiterung der EWG und ihre politische, wirtschaftliche und mili-*
politische, wirtschaftliche und mili-
tärische Stärkung bekämpft". „Der ‚Militarismus', ‚Revanchismus' und ‚Expansionismus' des westdeutschen Imperialismus ist inzwischen zur Nebenseite und sein Widerspruch zu den Supermächten zur Hauptseite geworden". Bei aller Abseitigkeit dieser Thesen bleibt doch die Frage, ob sie nicht ziemlich genau den Positionen der chinesischen Außenpolitik entsprechen.

Anläßlich des Strauß-Besuchs in China schrieb eine Gruppe „Frankfurter Marxisten-Leninisten" (Spaltprodukt der „KPD/ML"): *„Im Unterschied zur Ostpolitik Brandts ist es positiv, daß Strauß vor der Gefahr gewarnt hat, von der Westeuropa heute am meisten bedroht ist, von dem Vorherrschaftsstreben der Sowjetunion".*

Wenn die DKP-Revisionisten von einer „CSU/ML" hetzen, dann ist die demagogische Stoßrichtung offensichtlich, da die Revisionisten mit ihren verlogenen Phrasen von „Entspannung" als angeblicher Haupttendenz unserer Zeit, mit ihrer Trennung der imperialistischen Politiker in „realistische" und „unrealistische" etc. ganz sicher kein Recht haben, die chinesische Außenpolitik anzugreifen. Man kann allerdings nicht übersehen, daß einige „Linke" nach Kräften bemüht sind, die revisionistische Hetzparole von der „CSU/ML" mit Inhalt zu füllen und in der Tat rechte Politik im super„linken" Gewand betreiben. ●

Inhaltsübersicht die Internationale Nr. 1 - 10

Antiimperialistisches Festival
Internationalismus und nationale Frage 7
Notizen aus der Schmunzelecke 7
Ein Reisebericht 7
Wohnverhältnisse in Limerick 7
Kampf der Schüler 8
Fratze des Imperialismus 8
Alltag in Belfast 9
Bericht eines *IRA*-Genossen 10
Price-Schwestern in englischen Gefängnissen 10

Italien
Hausbesetzung in Rom 1
Zu einem Artikel der „*Unita*" 1
Lotta Continua: Waffen für den MIR 1
Vergiftung bei Montedison 2
Internationale Demonstration 2
Die Situation und unsere Aufgaben (Gespräch mit Genossen von *Lotta Continua* 5
Lotta Continua: Die politische Situation nach dem Referendum 6
Wohnungskampf in Rom 8

Japan
Putsch in Chile begeistert Rechte 4
Fischer gegen umweltverschmutzende Unternehmen 4
Seirankai – Sturm von Rechtsaußen (Übersetzung aus ‚Ampo') 10

Kambodscha
Kampf der Studenten 6

Laos
Der US-Bombenkrieg und seine Folgen 10

Lateinamerika
MLN-Tupamaros, *MIR, ELN, ERP:* Lateinamerikanisches Volk, ergreift die Waffen! 4
Ibero-Amerika-Verein – organisierte Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Staat 10

Libanon
PFLP: Schwarzer Mai !? 1
Der palästinensische Widerstand in Libanon 1
Die Ereignisse vom Mai 1973 1
Kräfte der libanesischen Politik 1

Mosambik
Die Rolle der *Frelimo* in der Krise Portugals 5
Erklärung der *Frelimo* 6

Namibia
SWAPO: Unser Kampf gewinnt Stoßkraft 3
Politische Entwicklung in Namibia 3

Niederlande
Anti-Nato-Kongreß 8
Antimilitaristischer Kongreß 9

Palästina
RKB-Kampf: Wer sind wir? 1
Auswanderung von Juden aus der Sowjetunion 1
Vernichtung arabischer Dörfer 1
Keine Kapitulation! *PFLP* und *PDFLP* zur Genfer Konferenz 3
Interview mit N. Hawatmeh (*PDFLP*) 3
PFLP: Unser Weg ist der Volkskrieg, Befreiung, nicht Verhandlung 4
Ghassan Kanafani 5
Göttingen: Palästina-Dhofar-Solidaritätswoche 6
Brief eines palästinensischen Genossen 6
PFLP verläßt das Exekutivkomitee der *PLO* – Pressekommunique 9
Neueste Informationen aus „Al Hadaf" Organ der *PFLP* 10

Peru
Eine „antiimperialistische" Militärdiktatur? 8

Portugal
Erklärung der *MRPP* 6
Die Arbeiter sprechen 7
CIA bereitet Putsch vor 9

Puerto Rico
Kolonie des US-Imperialismus 7

Schweden
Arbeitslosigkeit und Kapitalexport 6
Der Weg der Hafenarbeiter
1. Teil 7
2. Teil 9
3. Teil 10

Spanien
Faschisten ermorden Arbeitergenossen 1
Gefahr eines Staatsstreichs 8

Türkei
XII. Mitgliederversammlung der *ATÖF* 9

USA
NACLA: US-Militär- und Polizeihilfe in der Dritten Welt
1. Teil 1
2. Teil 3
Kampf der Stahlarbeiter 8
Revolte auf USS Midway 9
Rassismus an den Schulen 10
Amerikanischer Landarbeiterführer bittet DGB um Unterstützung 10

Vietnam
Terror des Thieu-Regimes 6